

NEUE ZEIT

W O C H E N S C H R I F T

I N H A L T

Für oder gegen den Frieden?	1
E. VARGA — Der Marshallplan und die bevorstehende Wirtschaftskrise in den USA	4
P. WISCHNJAKOW — Frankreich in den Krallen der Dollarabhängigkeit	8
L. BESYMENSKI — Noch eine Quelle deutscher Reparationen für England und die USA	11
P. RYSSAKOW — Die Militarisierung Alaskas	15
Internationale Umschau (Notizen)	18
A. SAIZEW — In Stockholm (Reisenotizen)	23
Kritik und Bibliographie:	
Oberst L. ROMANOWSKI — Ein Liliputaner im Lande der Riesen	26
Aus dem Briefkasten der Redaktion	30
Chronik der internationalen Ereignisse	32

39

24. September 1947

VERLAG DER ZEITUNG „TRUD“ — MOSKAU

Schriftleiter: W. BERESIN

Moskau, Arbat, Kalaschni pereulok 12.

Für oder gegen den Frieden?

DIE ZWEITE TAGUNG der Generalversammlung der UNO ist in einer Situation zusammengetreten, wo alle, denen die Sache der friedlichen Zusammenarbeit der Völker teuer ist, über den Zustand der internationalen Beziehungen mit Recht besorgt sind. Eine genaue und klare Analyse der Situation lieferte in seiner Rede A. J. Wyschinski, der Führer der Sowjetdelegation in der Generalversammlung, und die von ihm im Namen der Sowjetregierung eingebrachten Vorschläge werfen ohne alle Umschweife die Hauptfrage auf, die die Volksmassen aller Länder bewegt: die Frage eines wirklichen — und nicht bloß in Worten geführten — Kampfes für den Frieden.

Die zwei Jahre der Tätigkeit der UNO haben anschaulich gezeigt, welche Gefahren dieser Organisation drohen und von welcher Seite sie kommen. Diese Gefahren folgen vor allem aus dem Abrücken von den in ihrer Satzung fixierten wichtigsten Prinzipien, in der direkten Verletzung vieler wichtiger Beschlüsse der Generalversammlung, in den immer häufiger werdenden Versuchen bestimmter Mächte, die wichtigsten Fragen der internationalen Beziehungen außerhalb und unter Umgehung der Organisation der Vereinten Nationen zu entscheiden. Die Tatsachen zeigen, daß es sich um eine bestimmte Politik handelt, die von den eigennützigen Interessen der herrschenden Kreise der USA sowie Großbritanniens diktiert wird.

Der höchst wichtige Beschluß der Generalversammlung vom 14. Dezember 1946 über die allgemeine Einschränkung der Rüstungen, der einstimmig angenommen wurde und den Lebensinteressen aller Völker entspricht, ist bis auf den heutigen Tag unerfüllt geblieben. Die Vertreter der USA und Großbritanniens haben seine Verwirklichung faktisch vereitelt. Höchst prominente Staatsmänner dieser Länder wie der USA-Präsident Truman und der englische Außenminister Bevin lehnen in ihren Reden jeden Gedanken einer Einschränkung der Streitkräfte offen ab. Der Rüstungswettlauf geht weiter. Welchen Wert haben unter solchen Umständen die von Zeit zu Zeit erfolgenden Beteuerungen der

Diplomaten der angelsächsischen Mächte, sie seien der Sache des Friedens ergeben?

Keinerlei Fortschritt ist erzielt worden in der Erfüllung eines anderen hochwichtigen Beschlusses der Generalversammlung — des Beschlusses vom 24. Januar 1946 über den Ausschluß der Atomwaffe aus den nationalen Rüstungen. Eine langwierige Diskussion über diese Frage hat klar herausgestellt, daß an diese Sache auf zwei verschiedene Weisen herangegangen wird. Die Sowjetvorschläge sehen vor: erstens den Abschluß einer Konvention über das Verbot der Anwendung der Atomwaffe in allen Fällen; zweitens die Vernichtung der vorhandenen Vorräte von Atombomben und das Verbot ihrer weiteren Erzeugung; drittens die Organisation einer strengen internationalen Kontrolle über Atomenergiebetriebe unter der Bedingung, daß alle Teilnehmer des Kontrollorgans in seiner gesamten Tätigkeit gleichgestellt sind und daß die Souveränität der großen und kleinen Staaten geachtet wird. Diesen klaren und exakten Vorschlägen, die bei der demokratischen Öffentlichkeit der ganzen Welt weitgehende Unterstützung gefunden haben, hat die amerikanische Seite eine Reihe anderer Vorschläge entgegengesetzt: das Verbot der Atomwaffe abzulehnen; die Vernichtung der Atombomben, die in Amerika auch weiter produziert werden, zu verweigern; das Eigentum an Atomenergiebetrieben in die Hände eines internationalen Kontrollorgans übergehen zu lassen, das zu einem gefügigen Vollstrecker des Willens der USA werden würde und sich ungehindert in die Tätigkeit eines bedeutenden Teils der Industrie jedes beliebigen Landes einmischen könnte. Außerdem widersetzen sich die Vertreter der USA, die die sofortige Einführung einer Kontrolle über die Atomrohstoffquellen verlangen, der Kontrolle über die Betriebe, die Atombomben herstellen. Mit anderen Worten, die USA wollen andere Länder kontrollieren, wollen jedoch nicht selbst kontrolliert werden, und schlagen einen Plan vor, der ausgesprochen darauf berechnet ist, das zeitweilige amerikanische Monopol auf die Produktion von Atombomben zu verankern. Es liegt auf

der Hand, daß dieser Plan für souveräne Staaten unannehmbar ist. In dieser Beziehung ist es charakteristisch, daß die Britische Assoziation der Atomforscher (British Atomic Science Association) sich schon zweimal gegen die amerikanischen Vorschläge ausgesprochen hat, da sie der Meinung ist, daß sie die Errichtung einer internationalen Kontrolle über die Atomenergie verteilen.

Eine ganz grobe Verletzung der Prinzipien und Beschlüsse der UNO ist die Anwesenheit englischer und amerikanischer Truppen auf fremden Territorien. Immer noch stehen britische Truppen in Ägypten, den Forderungen des ägyptischen Volkes zum Trotz. In Griechenland ist die Anwesenheit englischer und amerikanischer Streitkräfte, die die an der Macht befindliche volksfeindliche Clique gegen den Willen der übergroßen Mehrheit des Volkes unterstützen, die wichtigste und grundlegende Ursache für den Bürgerkrieg, in dem das griechische Volk für elementare Menschenrechte kämpft. Die Anwesenheit amerikanischer Truppen in China begünstigt auch dort die Schürung des Bürgerkrieges. Ein Akt unverhüllter Aggression ist der militärische Überfall Hollands auf die indonesische Republik. Dieser schändliche Kolonialkrieg konnte nur begonnen werden, weil den holländischen Kolonisatoren die Unterstützung der USA und Englands sicher war, die sie mit Waffen belieferten und den Sicherheitsrat daran hinderten, ausreichende Maßnahmen zu ergreifen, um die legitimen Interessen des indonesischen Volkes zu schützen.

Die Autorität der UNO wird auch durch Tatsachen untergraben wie die Nichterfüllung wichtiger Beschlüsse der Versammlung in der spanischen Frage durch mehrere ihrer Mitglieder, wie die Diskrimination der Inder in Südafrika, wie die Verletzung der Satzung beim Abschluß einer Anzahl von Vormundschaftsabkommen für frühere Mandatsgebiete.

Schließlich erleidet die Organisation der Vereinten Nationen einen stets wachsenden Schaden durch die Politik der USA, die in der sogenannten Trumandoktrin und dem sogenannten Marshallplan ihren Ausdruck gefunden hat. Diese Politik ist eine offene Verletzung des von der Generalversammlung in ihrer Resolution vom 11. Dezember 1946 proklamierten Prinzips, wonach die Unterstützung anderer Länder „niemals als eine politische Waffe ausgenutzt werden soll“. Die USA haben mit Unterstützung Englands und Frankreichs, außerhalb und unter Umgehung der UNO handelnd, mit der Verwirklichung eines großzügig durchdachten Programms begonnen, dessen Ziel darin besteht, mit Hilfe

des Köders von Dollarkrediten die europäischen Länder ihrer ökonomischen und politischen Kontrolle zu unterwerfen.

Im Lichte dieser unwiderleglichen Tatsachen ist es völlig klar, daß die ernststen Gefahren, die der Organisation der Vereinten Nationen drohen, keine zufälligen Erscheinungen sind. Sie sind das unvermeidliche Resultat der Politik der angelsächsischen Länder, die die Bestrebungen und Pläne der reaktionären Kreise dieser Länder zum Ausdruck bringt. Diese Kreise haben während des Krieges Dutzende von Milliarden verdient und sind zu allem bereit, um ihre Profite zu erhalten und noch weiter zu vergrößern. Sie bezwecken eine hemmungslose Expansion und lassen sich von der hirnerkrankten Idee der Weltherrschaft leiten. Sie wollen die Hände frei haben, um dieses Ziel erreichen zu können. Sie haben es eilig, sich von den Verpflichtungen frei zu machen, die die Satzung der Vereinten Nationen ihnen auferlegt, und die Politik ehrlicher internationaler Zusammenarbeit auf Grund der Gleichberechtigung der Staaten zu ersetzen durch eine Politik, die darin besteht, anderen Ländern den eigenen Willen aufzuzwingen und sich in ihre inneren Angelegenheiten ganz unverfroren einzumischen.

Wenn irgendwelche neuen Bestätigungen für die unversöhnliche Feindseligkeit dieses Kurses der amerikanischen Politik gegenüber den Grundprinzipien der UNO notwendig waren, so hat Staatssekretär Marshall diese Beweise in seiner Programmrede vor der Generalversammlung geliefert. In seiner Rede wurde die Hauptfrage der gegenwärtigen internationalen Situation umgangen: wie ein dauerhafter Friede zu sichern ist, wie eine internationale Zusammenarbeit in die Wege geleitet werden kann, wie die Mächtschaften der Brandstifter neuer Kriege zu durchkreuzen sind. Gleichzeitig war Marshalls Rede eine offene Proklamation der Absicht der USA, auch in Zukunft übernommene Verpflichtungen in allen Fällen zu verletzen, wo sie das für zweckmäßig halten, z. B. in der Frage Koreas, und das Prinzip der Einmütigkeit der Großmächte im Sicherheitsrat, das der Existenz der UNO zugrunde liegt, auch weiter zu untergraben. Der Vorschlag Marshalls, in Form eines sogenannten Interimsausschusses ein ständiges Organ zu schaffen, das berufen wäre, den Sicherheitsrat zu ersetzen, verfolgt den Zweck, die Rolle und Bedeutung des Sicherheitsrats zunichte zu machen. Darüber hinaus würde die Annahme dieses Marshallvorschlages unvermeidlich auch die Bedeutung der Generalversammlung untergraben. In einem solchen „Interimsausschuß“, der aus weniger maßgebenden Personen bestünde und eine Art Surrogat der Generalversammlung wäre,

hätten die Weltherrschaftsprätendenten es begreiflicher Weise leichter, Beschlüsse durchzusetzen, die die Interessen der demokratischen Länder verletzen, als in den Tagungen der Versammlung.

Der Kern des Marshallvorschlages ist ein Versuch, mit der UNO-Satzung radikal zu brechen und von den ihr zugrunde liegenden Prinzipien völlig abzurücken. Er stellt jedoch nicht offen die Frage einer Änderung der Satzung. Die Vertreter der USA berücksichtigen ganz augenscheinlich, daß ein derartiger offener Vorschlag, die Satzung zu revidieren, von den Teilnehmern der Tagung mit berechtigtem Mißtrauen und begründetem Argwohn aufgenommen werden würde. Aber haben denn nicht die amerikanischen Politiker selbst dadurch schwarz auf weiß erklärt, daß ihre Ansprüche auf „Führung“ der Welt völlig unstichhaltig sind?

In der Rede, die der Führer der Sowjetdelegation vor der Generalversammlung gehalten hat, wurden die wahren Springfedern des jetzigen Kurses der amerikanischen Politik aufgedeckt.

Kein einziger aufrichtiger Anhänger des Völkerfriedens kann an der in immer größerem Umfang durchgeführten Tätigkeit der Brandstifter eines neuen Krieges in den USA und einigen anderen Ländern, die Washingtons Weisungen folgen, vorübergehen. Diese Tätigkeit hat ein solches Ausmaß angenommen, daß sie die internationale Situation vergiftet und den Boden vorbereitet für neue Kriegskatastrophen.

Die Brandstifter eines neuen Krieges streuen in der ganzen Welt die giftige Saat der Bosheit und des Hasses aus. Sie entfalten eine hemmungslose Verleumdungskampagne gegen alle friedliebenden Länder und Völker. Sie vergiften das öffentliche Bewußtsein ihrer Länder mit Menschenhaß und Feindschaft gegen andere Völker. Sie fabrizieren Provokationen und betreiben eine hemmungslose Hetze gegen demokratische Elemente und Gegner eines neuen Krieges.

Die Brandstifter eines neuen Krieges handeln auf Weisung und im habgierigen Interesse der amerikanischen Monopole, die auf den politischen Kurs der USA großen Einfluß ausüben. Die Sowjetbürger erinnern sich der Worte des Genossen Stalin:

„Für die Imperialisten ist der Krieg der einträglichste Artikel. Kein Wunder, daß die Agenten des Imperialismus auf diese oder jene Weise einen Krieg zu provozieren versuchen.“

Die hemmungslose Hetzkampagne für einen neuen Krieg findet bei Millionen Menschen in der ganzen Welt strenge und entschiedene Verurteilung. Die Völker, die auf dem Altar des Kampfes gegen die hitlerfaschistischen Weltherrschaftsprätendenten zahllose Opfer gebracht haben, wollen

sich einen stabilen und dauerhaften Frieden sichern. Sie wollen die Gewißheit haben, daß die Lektion, die die Aggressoren im zweiten Weltkrieg erhalten haben, nicht spurlos vorübergegangen ist. Diese Lektion muß eine drohende Warnung sein für die Brandstifter eines neuen Krieges und alle diejenigen, die ihnen die Stange halten oder sogar aktiv Vorschub leisten.

Die Staaten, die Mitglieder der Organisation der Vereinten Nationen sind, haben die sehr ernste Verpflichtung übernommen, freundschaftliche Beziehungen zwischen den Völkern zu entwickeln und den Frieden und die Sicherheit in der ganzen Welt zu konsolidieren. Läßt sich aber mit diesen Verpflichtungen etwa eine duldsame Haltung gegenüber dem Treiben der Brandstifter eines neuen Krieges vereinbaren, die vor den Augen der ganzen Welt eine Kriegspsychose schaffen, die friedliebenden Länder in verleumderischer Weise aggressiver Absichten beschuldigen und gleichzeitig die freiheitsliebenden Völker, die das Recht anderer Mächte bestreiten, sich in ihre inneren Angelegenheiten einzumischen, mit Krieg bedrohen?

Die Vorschläge der Sowjetdelegation, die der Generalversammlung der UNO vorgebreitet worden sind, entsprechen den Lebensinteressen der Völker der ganzen Welt.

Die Sowjetdelegation hat vorgeschlagen, die von den reaktionären Kreisen in einer Anzahl von Ländern — besonders in den USA, der Türkei und Griechenland — betriebene verbrecherische Propaganda eines neuen Krieges zu verurteilen. Sie hat vorgeschlagen, die Organisation der Vereinten Nationen solle die Zulassung und erst recht die Unterstützung solcher Propaganda eines neuen Krieges, der unvermeidlich zu einem dritten Weltkrieg werden würde, als eine Verletzung der Pflicht erklären, die die Mitglieder der UNO übernommen haben. Sie hat vorgeschlagen, die Regierungen aller Länder aufzufordern, unter strafrechtlicher Verantwortung jede Kriegspropaganda zu verbieten. Sie hat schließlich vorgeschlagen, die Notwendigkeit schleunigster Verwirklichung der früheren Beschlüsse der Generalversammlung zu bestätigen, die verlangten, daß die Rüstungen eingeschränkt und die Atomwaffe sowie alle anderen zur Massenvernichtung bestimmten Hauptwaffenarten aus den nationalen Rüstungen ausgeschlossen werden.

Die Sowjetunion kämpft den heiligen Kampf für Frieden und Völkersicherheit in den ersten Reihen. Die Vorschläge der Sowjetdelegation entsprechen den Lebensinteressen aller Völker, die Frieden brauchen, um die ihnen vom Kriege geschlagenen tiefen Wunden heilen und ihren Kampf für Demokratie und Fortschritt fortsetzen

zu können. In den Sowjetvorschlägen findet die von der Sowjetunion durchgeführte konsequente Politik des Friedens und der Völkerfreundschaft ihre Verkörperung. Sie sind die direkte Fortsetzung der Vorschläge über die allgemeine Einschränkung der Rüstungen und das Verbot der Atomwaffe, die W. M. Molotow, der Führer der Sowjetdelegation auf der Frühjahrstagung der Generalversammlung, einbrachte.

Die Sowjetvorschläge bezwecken eine wirkliche Stärkung der UNO auf Grund unbeugsamer Beachtung ihrer Satzung und konsequenter Durchführung ihrer Prinzipien. Diese Vorschläge bezwecken die Verhinderung einer Spaltung bzw. Liquidierung der UNO, worauf es die reaktionären Politiker, die ihr wahres Gesicht unter der Maske heuchlerischer Treueversicherungen für die Sache der internationalen Zusammenarbeit verbergen, ganz offenbar angelegt haben.

Die verbrecherischen Pläne der internationalen Reaktion scheuen das Tageslicht. Ihre Verteidiger operieren mit Verleumdung, Betrug und Heuche-

lei. Aber die jetzigen Weltherrschaftsprätendenten müssen wissen, daß es ihnen nicht gelingen wird, die Völker, die durch die Lohe des zweiten Weltkrieges gegangen sind, zu betrügen oder einzuschüchtern. Die offenen und aufrichtigen Vorschläge der Sowjetunion, die von allen ehrlichen Demokraten in der ganzen Welt unterstützt werden, entlarven die Verbrecher, die mit dem Feuer spielen. Jetzt ist mit aller Klarheit die Frage gestellt, wer für und wer gegen den Frieden ist. Auf diese Frage muß eine klare und unzweideutige Antwort gegeben werden. Dieser Frage kann man sich weder durch Schweigen noch durch alle möglichen Wortkunststücke entziehen.

„Moskaus Verdienst besteht darin, die Brandstifter eines neuen Krieges unermüdlich zu entlarven und alle friedliebenden Völker um das Banner des Friedens zu sammeln.“ (Stalin.)

Darin liegt die große moralische und politische Kraft der Sowjetvorschläge, die den Frieden und die Völkersicherheit verteidigen wollen.

Der Marshallplan und die bevorstehende Wirtschaftskrise in den USA

E. VARGA

DER sogenannte Marshallplan nimmt seinen Ausgang bekanntlich von der kurzen Rede, die der USA-Staatssekretär Marshall am 5. Juni in der Harvarduniversität gehalten hat. Wollte man Bevin, Bidault und anderen Politikern, die sich als Schrittmacher der amerikanischen Pläne in Westeuropa betätigen, Glauben schenken, so hätte diese Rede das Ziel verfolgt, Europa vor dem Hunger und der Zerrüttung der Nachkriegszeit zu retten. In Wirklichkeit aber gab es in der Rede keinerlei irgendwie konkrete Pläne oder auch nur Versprechungen. Nicht nur fortschrittliche Politiker Europas und Amerikas, sondern auch viele konservative Zeitungen und Zeitschriften haben bemerkt, daß Marshalls Rede weit davon entfernt war, ein konkretes Hilfsprogramm für die europäischen Länder zu sein. So schrieb z. B. die englische konservative Wochenschrift „The Spectator“ am 18. Juli:

„Sie (die Vorschläge) waren kein Plan, sondern eine Einladung an die Länder Europas, einen Plan vorzulegen. Sie waren kein Angebot, sondern eine ganz vorsichtige Andeutung, daß wenn ein annehmbarer europäischer Plan zustande kommt, ihm vielleicht ein amerikanisches Hilfsangebot, bei seiner Verwirklichung mitwirken zu wollen, folgen wird.“

Der sogenannte Marshallplan ist eine Etappe des politischen Nachkriegskurses der USA. Die Ereignisse der letzten Monate haben deutlich gezeigt, daß dieser Plan durchaus nicht humanitären Erwägungen entspringt, von denen zu Reklamezwecken soviel gesprochen wird, sondern den praktischen Interessen der amerikanischen Monopole. Das wahre Ziel des Marshallplans wie des ganzen jetzigen Kurses der amerikanischen Außenpolitik überhaupt ist die Errichtung der politischen und ökonomischen Herrschaft der USA über die Welt und vor allem über Europa.

Der erste und außerordentlich wichtige Mißerfolg des Marshallplans war das Scheitern des Versuchs, die Länder Osteuropas mit dem Dollar-köder in den Bannkreis des amerikanischen Einflusses zu ziehen. Hiernach gingen die Inspiratoren des Marshallplans auf eine zweite Linie zurück, von der aus ein Westblock geschaffen werden soll — diesmal unter der Führung nicht Englands, sondern der USA. Die Grundlage dieses Blocks soll Westdeutschland bilden. Es handelt sich vor allem um die Wiederherstellung der wirtschaftlichen (also auch der militärischen) Macht Deutschlands und seine Verwandlung in die Hauptbasis der USA-Expansion auf dem europäischen Kontinent. Diesen zentralen Punkt ihres Programms in Europa legen die amerikanischen Politiker ganz offen dar. So erklärte z. B. der damalige Unterstaatssekretär Acheson am 25. Juni vor dem Haushaltsausschuß des Repräsentantenhauses, die USA-Regierung betrachte die Wiederherstellung der Produktion Deutschlands als das Fundament eines Planes, den die Länder Europas auf Vorschlag Marshalls eventuell ausarbeiten werden.

Eine ganz ähnliche Erklärung gab der USA-Handelsminister Harriman auf einer Pressekonferenz in London am 11. Juli d. J. ab.

Heute — besonders nach den Augustverhandlungen zwischen Vertretern der USA, Englands und Frankreichs über die Erhöhung der deutschen Industrieproduktion — ist der wirkliche Charakter des Marshallplans völlig klar. Dieser Plan beabsichtigt in erster Linie die Wiederherstellung der deutschen Schwerindustrie mit Hilfe amerikanischen Kapitals und auf Kosten der von der deutschen Aggression verwüsteten europäischen Länder.

Gleichzeitig ist der Marshallplan ein Versuch, die herannahende Wirtschaftskrise in den USA abzuwenden. Hat dieser Versuch Erfolgchancen? Um diese Frage beantworten zu können, muß man die Ursachen und den Charakter der heran-nahenden Wirtschaftskrise in Amerika untersuchen.

* * *

Im Kapitalismus sind periodische Überproduktionskrisen unvermeidlich. Sie ergeben sich aus seinen inneren Gesetzen. Nun hat jedoch jede Krise ihre Besonderheiten, die durch die konkrete historische Situation bedingt werden. Die heranrückende Krise in den USA wird vor allem bedingt durch die Stellung, die das Land während des zweiten Weltkrieges innegehabt hat.

Die unbegrenzte Nachfrage nach Kriegsgütern gab den USA die Möglichkeit, ihre Produktionsressourcen viel vollständiger auszunutzen. Der

Index der Industrieproduktion in der verarbeitenden Industrie betrug (Produktionsumfang von 1939=100): 1942—194, 1943—237, 1944—231, 1945—197. Mit anderen Worten, die Industrieproduktion war während des Krieges mehr als doppelt so hoch wie vor dem Kriege. Das National-einkommen hatte sich mehr als verdoppelt. Wie war das möglich? Vor allem wurde das Gebiet der USA bekanntlich nicht zum Schauplatz von Kriegshandlungen und hatte nicht unter Bombenangriffen zu leiden. Weiter wurde in den USA ein bedeutend geringerer Teil der Bevölkerung eingezogen als in den anderen gegen die faschistischen Aggressoren kämpfenden Ländern. Die amerikanischen Truppen nahmen erst während des letzten Kriegsjahres an großen militärischen Operationen teil. Kennzeichnend ist, daß die USA-Armee während des ganzen Krieges nur 262 000 Mann an Toten verloren hat. Während der gleichen Zeit wurden im Lande 355 000 Unglücksfälle mit tödlichem Ausgang registriert.

Ogleich die Industrieproduktion der USA während des Krieges doppelt so hoch war wie vor dem Kriege, vermochte sie dennoch nicht neben den Bedürfnissen des Krieges auch die zahlungsfähige Nachfrage der Zivilbevölkerung restlos zu befriedigen. Der Wohnungsbau sowie die Herstellung von Personenkraftwagen und einer Anzahl anderer Verbrauchsgüter waren während des Krieges verboten oder doch stark eingeschränkt. Gegen Ende des Krieges war eine bedeutende unbefriedigte Nachfrage nach Verbrauchsgütern, die nicht zu den Gegenständen des dringendsten Bedarfs gehören, übriggeblieben. Die Bankdepósitos wuchsen während des Krieges um 61 Milliarden Dollar. Das sind die in Geldform akkumulierten Kriegsprofite und Amortisationsfonds zum Ersatz des verschlissenen fixen Kapitals, das während des Krieges nicht erneuert wurde. Die Spareinlagen und Sparkassenobligationen stiegen während des gleichen Zeitraums um 52 Milliarden Dollar. Den größten Teil dieser Summe bilden während des Krieges nicht verausgabte Einnahmen des Mittelstands — der Angestellten, der Beamten und der hochbezahlten Oberschicht der Arbeiterschaft. Die Hauptmasse der Arbeiter dagegen vermochte während des Krieges, wie aus den veröffentlichten Statistiken zu ersehen ist, keine irgendwie bemerkenswerten Ersparnisse zu machen.

Die unbefriedigte bzw. sogenannte „aufgeschobene“ Nachfrage war die ökonomische Hauptgrundlage für den Nachkriegsboom auf dem amerikanischen Markt, der jetzt zu Ende geht.

Unter den wichtigsten Zügen dieser Periode muß vor allem das sehr bedeutende Ansteigen der Preise vermerkt werden. Im Frühsommer 1947

waren die Preise doppelt so hoch wie die Vorkriegspreise. Im Laufe eines Jahres nach der Aufhebung der staatlichen Preiskontrolle stiegen sie insgesamt um 33 Prozent, für Lebensmittel allein sogar um 50 Prozent.

Parallel damit sanken die gezahlten Lohnsummen, was in erster Linie durch die Aufhebung der Überstundenarbeit und durch Vergrößerung der Arbeitslosigkeit verursacht war.

Das Ergebnis besteht darin, daß die Kaufkraft der Arbeiter und Angestellten in den beiden Nachkriegsjahren stark gesunken ist. Man ersieht das klar aus den vom „Federal Reserve Bulletin“ veröffentlichten Angaben. Im Februar 1947 war der Lebenshaltungsindex gegenüber Februar 1945 um 20 Prozent gestiegen, während die in der Industrie gezahlte Arbeitslohnsumme um 10 Prozent gesunken war. Die Lage der Angestellten und der Beamten hatte sich ebenso stark verschlechtert. Man begreift, daß eine 30prozentige Einschränkung des Realeinkommens dieser Bevölkerungsschichten, das restlos für Verbrauchsgüter verausgabt wird, zu einer Überproduktion führen muß.

Zweifelloos ist in den USA bereits eine Überproduktion von Waren zu verzeichnen. Dies bezeugt vor allem das Anwachsen der Warenvorräte. Im Laufe eines Jahres — von März 1946 bis März 1947 — stiegen die Vorräte um 10 Milliarden: von 27 auf 37 Milliarden Dollar. Niemals in der Geschichte der USA hat es derartige Warenvorräte gegeben. Charakteristisch ist, daß sich die Warenvorräte im Kleinhandel am meisten vergrößert haben — um 52 Prozent. Dies ist ein unzweifelhaftes Anzeichen für den Rückgang der Massenkaufkraft.

Die amerikanischen Ökonomen hegen die Hoffnung, die großen Geldsummen, die während des Krieges in Form von Bankdepositen und Sparkasseneinlagen angehäuft worden waren, würden die Kaufkraft der Bevölkerung lange Zeit aufrechterhalten. Diese Spekulationen sind fehlgeschlagen. Es stellte sich heraus, daß die Hauptmasse der Bevölkerung nur sehr geringe Ersparnisse besaß, und daß diese außerdem zum größten Teil schon verausgabt sind.

M. S. Eccles, der Präsident des Federal Reserve Board, erklärte Anfang Juni d. J., infolge der Preissteigerung sei die Majorität des Publikums, die alle ihre Ersparnisse verausgabt habe, vom Verbrauchsgütermarkt vertrieben und nun auf Konsumentenkredite angewiesen.

Also hat die sogenannte „aufgeschobene Nachfrage“ der Kriegsjahre keinen so bedeutenden Einfluß auf den Markt ausgeübt, wie die amerikanischen Ökonomen das erwarteten. Das laufende Einkommen der Bevölkerung reicht immer

weniger aus, die erzeugten Waren zu kaufen. Bezeichnend in diesem Sinne ist das ununterbrochene Steigen des Verkaufs von Verbrauchsgütern auf Kredit. Ende 1945 war die Summe des Konsumentenkredits gleich 6,5 Milliarden Dollar, im März 1947 gleich 10 Milliarden Dollar und im Mai gleich 10,7 Milliarden Dollar.

Ein sehr wichtiges Symptom für das Vorhandensein einer vorderhand verborgenen Überproduktionskrise ist die Annullierung von Bestellungen. Hiervon spricht der Mitte Juni d. J. veröffentlichte Bericht des Verbandes der Einkaufsagenten (Purchasing Agents' Association). Im Dezember v. J. meldeten nur 3 Prozent der Agenten einen „erheblichen Geschäftsrückgang“, im Mai d. J. aber müssen bereits 25 Prozent aller Agenten derartige Mitteilungen einsenden. Außerdem meldeten 57 Prozent der Agenten eine weniger erhebliche ungünstige Veränderung der Geschäftslage.

Auch der Stand der Industrieproduktion zeugt für das Herannahen der Krise. Setzt man das Durchschnittsniveau der Jahre 1935—1939 gleich 100, so lag der Index der Industrieproduktion 1945 bei 203, 1947 aber im ersten Quartal bei 189, im Juni bei 184 und im Juli nur noch bei 178.

Die Überproduktionskrise in den USA befindet sich jetzt noch in einem latenten, verborgenen Zustand. Noch ist sie nicht losgebrochen. Der Rückgang der Produktion ist möglicherweise noch nicht endgültig. Die Preise halten sich vorläufig auf dem früheren Niveau, sie sind im Juni sogar angestiegen. Aber die Krise wird ausbrechen, sobald ein starker Preisrückgang eintritt.

Ein sehr wichtiger Umstand, der die Konjunktur in den USA aufrechterhält, ist der bedeutende Exportüberschuß. Hier sieht man besonders klar den Zusammenhang zwischen der Wirtschaftslage des Landes und dem Marshallplan. Die USA exportierten 1946 für mehr als 9 Milliarden Dollar Waren ins Ausland, führten jedoch nur für weniger als die Hälfte dieser Summe Waren ein. Im ersten Quartal 1947 betrug die Warenausfuhr 3,5, die Wareneinfuhr 1,5 Milliarden Dollar. Im Mai betrug die Ausfuhr 1,4 Milliarden, die Einfuhr weniger als eine halbe Milliarde. In einem einzigen Monat war die Ausfuhr um fast eine Milliarde größer als die Einfuhr!

Die amerikanischen Monopole bieten ihren gesamten Einfluß auf, um die Ausfuhr zu steigern; zugleich behindern sie mit allen Kräften die Wareneinfuhr aus dem Ausland. Die ausländischen Käufer haben immer weniger die Möglichkeit, amerikanische Waren zu kaufen: sie haben keine Dollars und sehr wenig Waren, die in Amerika Absatz finden könnten. Aber selbst wenn derartige Waren vorhanden sind, hindern die hohen

Zolltarife ihre Einfuhr in die USA. Das ist die Ursache des sogenannten Dollarhungers, von dem die Presse Europas und Amerikas schon so manchen Monat schreibt. Wegen Dollarmangels muß ein Land nach dem anderen den Ankauf von Waren in den USA einschränken — England, Frankreich, Mexiko und sogar Kanada.

Die Außenhandelspolitik der amerikanischen Monopole — verkaufen, ohne zu kaufen — ist in eine Sackgasse geraten. Worin sehen die amerikanischen Monopolisten und die ihre Interessen vertretenden Politiker den Ausweg aus der Sackgasse? Die Ausfuhr einschränken? Aber eine Einschränkung der Ausfuhr würde die Verwandlung der latenten Überproduktionskrise in einen offenen Krach beschleunigen. Natürlich könnte man den Weg einer Erweiterung des Verkaufs amerikanischer Waren im Ausland auf Kredit beschreiten und anderen Ländern langfristige Kredite gewähren. Aber die amerikanischen Bankmonopole lassen sich nicht auf Kapitalexport nach Europa ein, wobei sie sich vor allem auf die Befürchtung berufen, die Betriebe könnten nationalisiert werden — und zwar nicht nur in den Ländern der neuen Demokratie, sondern auch in England und Frankreich. Den amerikanischen Monopolen bietet sich ein viel vorteilhafterer anderer Weg, der seinen Ausdruck im Marshallplan gefunden hat.

Der Marshallplan bedingt, wenn er überhaupt in irgendeinem Maße verwirklicht wird, die Ausfuhr amerikanischer Waren auf Grund staatlicher Kredite. Für die amerikanischen Monopole ist es außerordentlich vorteilhaft, wenn sie den europäischen Käufern, die Waren auf Kredit erhalten, die Preise diktieren können. Die Monopole erhalten

fette Profite, alle denkbaren Verluste aber (Zahlungsunfähigkeit dieser oder jener Schuldner und andere) sollen von den amerikanischen Steuerzahlern, d. h. von der Masse der Bevölkerung, getragen werden.

Die amerikanischen Ökonomen und Politiker rechnen damit, daß die Kredite und Anleihen auf Grund des sogenannten Marshallplans (falls dieser Plan realisiert wird) eine zusätzliche Warenausfuhr aus den USA von 5—6 Milliarden Dollar jährlich sichern werden. Das ist zweifellos eine große Summe. Sie vermag jedoch in keiner Weise den Ausbruch der Krise in Amerika abzuwenden, wie die nachstehende Betrachtung zeigt.

Die früheren Wirtschaftskrisen in den USA waren durch einen Rückgang der Produktion in folgendem Ausmaß gekennzeichnet: 1920 um 23 Prozent, 1929 um 46 Prozent, 1937 um 36 Prozent. Heute kommt die Bruttoproduktion in den USA in runden Zahlen einer Summe von 200 Milliarden Dollar jährlich gleich. Nehmen wir selbst an, die herannahende Wirtschaftskrise werde minimal sein und nur eine Produktionseinschränkung von 15 Prozent, d. h. um 30 Milliarden Dollar, herbeizuführen drohen. Es ist offensichtlich, daß auch in diesem Fall die Berechnungen des Marshallplans auf Sand gebaut sind. Dabei besteht jedoch kein Grund zu der Annahme, daß die bevorstehende Krise sich auf einen so bescheidenen Rückgang der Produktion beschränken wird. Selbst bei den optimistischsten Berechnungen also kann der Marshallplan die USA nicht vor der unausweichlichen Wirtschaftskrise retten, deren unheilverkündender Schatten bereits über Amerika hängt.

Frankreich in den Krallen der Dollarabhängigkeit

P. WISCHNJAKOW

IN den letzten Wochen gab es in der französischen Presse zahlreiche bestürzte Feststellungen und düstere Prognosen. Die Rohstoff- und Valutareerven des Landes gehen der Erschöpfung entgegen. Die Exportmöglichkeiten sind fühlbar geringer geworden und die Passivität der Außenhandelsbilanz, besonders gegenüber den USA und anderen Ländern der „Dollarzone“, nimmt bedrohliche Ausmaße an. Im ersten Halbjahr hat das Außenhandelsdefizit die Rekordziffer von 512 Millionen Dollar erreicht.

Besonders alarmierenden Widerhall hat in der französischen Presse der Umstand gefunden, daß die Menge des umlaufenden Geldes, das sowieso fast ausschließlich aus Papier besteht, in der am 4. September endenden Woche auf 16 Milliarden Franken gestiegen ist. Die Inflation ist zu einer Tatsache geworden, und ihre verheerenden Wirkungen sind bereits zu spüren.

Die Pariser Wochenschrift „La Réforme“ hat in einem Artikel über den jetzigen Wirtschaftszustand des Landes kürzlich konstatiert, die Regierung Ramadier habe in ihrem zwecklosen Warten auf amerikanische Hilfe die Gold- und Devisenvorräte erschöpft, und in ein paar Wochen würden auch die Vorräte an Wolle, Baumwolle, Kohle und Treibstoff erschöpft sein, so daß die ganze französische Wirtschaft im vollen Sinne des Wortes paralysiert sein werde...

Derartige Äußerungen sind keine besondere Übertreibung der drohenden Gefahr. Drei Jahre nach Beendigung der Kriegshandlungen auf französischem Gebiet hüllen sich die Städte Frankreichs erneut in Dunkelheit, wie das während des Krieges der Fall war; die „Verdunkelung“ der Nachkriegszeit beruht auf Strommangel. Pressemeldungen zufolge bereitet die Regierung neue Stromverbrauchsbeschränkungen vor, diesmal sogar für die Industrie. Eine Einschränkung der industriellen Tätigkeit in den Wintermonaten gilt als unvermeidlich. Der Brennstoffverbrauch wird bedeutend beschränkt.

In Frankreich wurde kürzlich eine Brotration von 200 Gramm pro Tag eingeführt — die niedrigste Ration in Europa. Die werktätige Bevölkerung antwortete auf dieses Regime des Hungers und der Entbehrungen überall mit Massen-

proteststreiks, in denen der Rücktritt der Regierung Ramadier gefordert wird.

Die französische Öffentlichkeit bringt den progressierenden Rückgang der Wirtschaft mit dem politischen Kurs der im Mai d. J. reorganisierten Regierung Ramadier in Zusammenhang. In der Tat, noch vor kurzem konstatierten alle ausländischen Beobachter wie aus einem Munde das relativ rasche Tempo des Nachkriegswiederaufbaus der französischen Volkswirtschaft. Die Kohlenförderung, die Erzeugung von elektrischem Strom, die Wagengestellung der Eisenbahnen überschritten schon Ende v. J. das Niveau von 1938, während der gesamte Produktionsumfang 90 Prozent des Vorkriegsumfanges erreichte. Nur der starke Mangel an Importkohle und -koks hinderte den Wiederaufbau der Hüttenindustrie. Alle anderen Wirtschaftszweige aber, die hauptsächlich von inneren Hilfsquellen abhängen, entwickelten sich erfolgreich, besonders wenn man berücksichtigt, daß die Industrieproduktion in den ersten Monaten nach der Vertreibung der Hitlerfaschisten sich auf kaum 20—25 Prozent des Vorkriegsniveaus belief.

Die Erfolge des Wiederaufbaus waren das Resultat der opfermütigen Arbeit der Arbeiterklasse Frankreichs. Der Appell der Kommunistischen Partei und der Allgemeinen Arbeitskonföderation, in kurzer Zeit die Folgen des Krieges zu liquidieren, die von den Hitlerokkupanten und ihren französischen Handlangern aus dem Lager der „200 Familien“ desorganisierte Produktion wiederherzustellen, fand in der Arbeiterklasse leidenschaftlichen Widerhall.

Die demokratische Presse hebt hervor, daß von diesem Enthusiasmus jetzt keine Spur übriggeblieben ist. Die jetzigen Regierungsparteien, die in amerikanischer Hilfe die einzige Möglichkeit sehen, die Volkswirtschaft wiederaufzubauen und weiterzuentwickeln, haben ihn ausgelöscht. Die letzten Angaben über den Zustand des Wirtschaftslebens zeigen, daß Frankreich von seinen Politikern auf dem gefährlichen Weg des Dollarirritums weit geführt worden ist.

Kürzlich wurden in Paris die Ergebnisse der französisch-amerikanischen Handelsbeziehungen für die ersten sechs Monate des laufenden Jahres

festgestellt. Die französisch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen fußten bekanntlich in dieser Periode bereits auf den von Léon Blum in Washington unterzeichneten Vorjahrsabkommen. Diese Abkommen brachten eine bedeutende Erleichterung für die Einfuhr amerikanischer Waren nach Frankreich, ohne indessen entsprechende Vorteile für die Ausfuhr französischer Waren nach den USA zu bieten.

Im ersten Halbjahr 1947 war die USA-Einfuhr nach Frankreich vierzehnmals so groß wie die Ausfuhr aus Frankreich nach den USA. Mehr als 80 Prozent des französischen Außenhandelsdefizits entfallen auf Geschäfte mit den USA und anderen Ländern der „Dollarzone“. Der französische Gesamtexport nach den Ländern dieser Zone bildet keine 10 Prozent des französischen Imports aus diesen Ländern. Diese Ergebnisse zeugen für die wachsende wirtschaftliche Abhängigkeit Frankreichs von den USA.

Die Hauptmasse des amerikanischen Imports nach Frankreich bildeten im ersten Halbjahr Kohle und Getreide. Die von der Regierung Ramadier durchgeführte Politik separater Abkommen, die die Potsdamer Beschlüsse über Deutschland verletzen, hat Frankreich nicht nur den Weg abgeschnitten, auf dem es Ruhrkohle als Reparationsleistungen hätte erhalten können, sondern es ihm auch unmöglich gemacht, genügend Mengen Ruhrkohle gegen Dollars einzukaufen.

Die Ruhrkohle bildet jetzt nicht mehr als 15 Prozent der gesamten Kohleneinfuhr nach Frankreich — so starr ist die Politik der englisch-amerikanischen Behörden in Westdeutschland. Die Hauptmasse der Kohle — mehr als eine Million Tonnen im Monat — wird aus den USA importiert. Der übermäßige Appetit der amerikanischen Kohlengesellschaften schlägt klaffende Breschen in die französische Außenhandelsbilanz. Was aber die Hauptsache ist, die Abhängigkeit Frankreichs vom amerikanischen Kohlenexport wird von den transatlantischen Expansionisten im geeigneten Augenblick schlaue ausgenutzt, um eine ganz bestimmte Einwirkung auszuüben auf die Richtung der von der französischen Regierung betriebenen Politik.

Vor dem Kriege trug der Export amerikanischer Kohle nach Europa zufälligen Charakter und überstieg nicht 100 000 Tonnen jährlich. Heute wird der Kohleexport nach Europa zu einem der wesentlichen Artikel des USA-Außenhandels. Schon 1946 wurden 20 Millionen Tonnen amerikanischer Kohle nach Europa ausgeführt, während die Ausfuhr in manchem Monat dieses Jahres an die 3,5 Millionen Tonnen erreicht.

Die amerikanische Kohle kommt Frankreich

bedeutend teurer als die Ruhrkohle zu stehen und ist eine schwere Bürde für die französische Industrie, deren Selbstkosten entsprechend steigen. Das muß sich natürlich auf den Zustand des französischen Exports auswirken. Indem die Regierung Ramadier den amerikanischen Kohlenkompanien reichliche Dollartribute zahlt, untergräbt sie gleichzeitig die Exportmöglichkeiten des Landes.

Die Einfuhr teurer amerikanischer Waren hat im ersten Halbjahr einen bedeutenden Teil der französischen Dollarreserven verschlungen, ohne indessen die ökonomischen Schwierigkeiten zu mildern. Im Zusammenhang mit der Erschöpfung der Valutahilfsquellen hat die Regierung Ramadier beschlossen, die Einfuhr aus den USA zeitweilig zu drosseln und sich darauf zu beschränken, bis zum Ende des Jahres bestimmte Mengen Kohle, Getreide und Erdölprodukte einzukaufen. Diese Ankäufe werden die Überreste des Dollarfonds verschlingen, die nach Angaben des Volkswirtschaftsministers André Philippe 240—250 Millionen Dollar ausmachen.

Die wachsenden Wirtschaftsschwierigkeiten, die das unbestreitbare Resultat der einseitigen Orientierung des jetzigen Kabinetts sind, veranlassen immer weitere Schichten der französischen Öffentlichkeit, sich für einen Wechsel des außenpolitischen Kurses auszusprechen. Immer lauter erklingen die Stimmen, die vorschlagen, aus dem verzauberten „Dollarkreis“ auszubrechen, worin die Regierung Ramadier das Land festhält. Die Zeitung „Franc-Tireur“ schrieb in diesen Tagen:

„Schließlich haben wir vielleicht nicht recht, wenn wir unsere ganze Politik auf der Fata Morgana des Dollars aufbauen. Wir brauchen nicht so sehr Devisen, als vielmehr Warenkredite. Sollte es denn in der Tat unmöglich sein, solche Kredite an anderer Stelle zu finden, ohne die Aufschrift „Made in USA“?“

Die Zeitungen betonen, die neuen Dollaranleihen, auf die die Regierung Ramadier hoffe, würden noch schwerwiegendere wirtschaftliche und politische Zugeständnisse kosten. Der „Franc-Tireur“ verweist auf einen neuen ernsten Umstand:

„Die Amerikaner ... vergessen nicht, daß wir faktisch nicht mehr über einen Goldvorrat verfügen. Deshalb verlangen sie von uns eine Anzahl politischer und sozialer Garantien.“

Nach Pressemeldungen zu urteilen, ist der Preis der neuen amerikanischen Anleihe für Frankreich diesmal der Anschluß der französischen Besatzungszone Deutschlands an die vereinigte englisch-amerikanische Zone. Die Vertreter Washingtons suchen den französischen Politikern einzureden, nach diesem Anschluß werde Frankreich

an der Verwaltung des Ruhrgebiets teilnehmen können. Presseberichten zufolge hat der amerikanische Vorschlag am Quai d'Orsay günstige Aufnahme gefunden.

Die demokratische Presse warnt die Regierung Ramadier-Bidault nachdrücklich vor einem derartigen Schritt. Sie versichert, die Annahme des amerikanischen Vorschlags würde dazu führen, daß — den einhelligen Potsdamer Beschlüssen zuwider — ein westdeutscher Staat gebildet wird, der als kriegswirtschaftliche Basis der amerikanischen Expansion in Europa dienen würde. Die Lebensinteressen Frankreichs, seine Sicherheit würden ernstlich gefährdet sein. Eine derartige „Lösung“ des deutschen Problems würde den Wünschen des französischen Volkes widersprechen. Bei den Wahlen vom 10. November 1946 stimmten etwa 20 Millionen französische Wähler für eine Lösung der deutschen Frage im Geiste der Potsdamer Beschlüsse. Damals enthielten die Wahlprogramme aller wichtigen politischen Parteien die entsprechende Forderung.

* * *

Die Regierung Ramadier hat in der kurzen Zeit ihres Bestehens schon fünfmal im Parlament die Vertrauensfrage gestellt. Das zeugt für die Labilität des jetzigen Kabinetts. Das letztemal, am 5. September, erlitt das Kabinett dem Wesen der Sache nach eine ernste Niederlage. Das Vertrauensvotum erhielt eine so geringe Stimmenmehrheit — nur 49 Stimmen —, daß die weitere Existenz des jetzigen Kabinetts in Frage gestellt ist. Gegen die Regierung stimmten nicht nur alle kommunistischen Abgeordneten, sondern auch ein bedeutender Teil der radikalen Abgeordneten (der Partei Herriots), die Regierungspartei ist, und außerdem sogar mehrere Dutzend Abgeordnete aus der Regierungspartei Bidaults, des MRP.

Die Regierung wurde durch die Parlamentsgruppe der reaktionären Republikanischen Freiheitspartei (PRL) vor einem Mißtrauensvotum gerettet: ihre Abgeordneten enthielten sich der Stimme, um „die Lage der Regierung nicht zu erschweren“.

Das Kabinett des Sozialisten Ramadier ist also von der reaktionären PRL abhängig geworden. Angesichts der Zerfahrenheit in der Regierungskoalition wird das fernere Schicksal des Kabinetts von der Stellungnahme dieser Partei der Truste und Banken abhängen.

Die Parlamentsabstimmung vom 5. September hat eine latente Regierungskrise hervorgerufen. Die Pariser Zeitungen brachten Meldungen über einen bevorstehenden Rücktritt der Regierung. In Kreisen der Sozialistischen Partei fanden sich nicht wenige Anhänger eines Rücktritts der sozia-

listischen Minister. In den Zeitungen tauchten Mitteilungen auf, wonach Ramadier nach der Abstimmung vom 5. September den Präsidenten der Republik aufgesucht habe, um ihm den Rücktritt seines Kabinetts anzuzeigen. Bald jedoch wurden diese Mitteilungen offiziell dementiert. Wohlunterrichtete Pariser Zeitungen erklärten diese Wendung der Ereignisse mit der energischen Einmischung der USA-Vertreter in Paris, die Ramadier veranlaßt hätten, von einem Rücktritt abzusehen.

In den letzten Tagen wurden in Paris Mitteilungen verbreitet über die Absicht Ramadiers, eine neue Reorganisation des Kabinetts durchzuführen. Diesmal wird die Entfernung der radikalen Minister aus der Regierung ins Auge gefaßt. Eine Regierungskoalition, die ausschließlich aus Sozialisten und Katholiken bestehen würde, entspräche den Interessen und Zielen der Dollarpolitik offenbar besser. Die Abhängigkeit des gegenwärtigen Kabinetts von äußeren Kräften engt somit die innere Basis des Kabinetts immer mehr ein. Im Falle einer neuen Reorganisation wird die Regierung sich auf zwei Parteien stützen, die bei den Wahlen vom 10. November 1946 nur etwas mehr als 40 Prozent der Stimmen erhalten haben. Ein solches Kabinett könnte lediglich mit Unterstützung der extremreaktionären Gruppen und Cliquen existieren.

* * *

Am 19. Oktober beginnen in Frankreich die Wahlen zu den Munizipalräten, die im öffentlichen Leben des Landes keine geringe Rolle spielen. In der jetzigen Situation gewinnen die bevorstehenden Wahlen erstrangige Bedeutung. Ganz davon zu schweigen, daß ein erbittertes Ringen zwischen den Kräften der Demokratie und dem reaktionären Lager um den Einfluß auf die Organe der örtlichen Selbstverwaltung zu erwarten ist, komplizieren sich die bevorstehenden Wahlen durch äußere Einmischung. Einige Pariser Zeitungen behaupten, die amerikanischen „Ermittler“ und „Beobachter“ brächten die Hilfeversprechungen für die Regierung Ramadier unzweideutig in Zusammenhang mit dem Ausgang der Wahlen.

Charakteristisch ist, daß de Gaulle es war, der die Wahlkampagne lange vor ihrer offiziellen Eröffnung begonnen hat. Er drohte, seine Vereinigung des französischen Volkes, die in Wirklichkeit eine Vereinigung der Kräfte der französischen Reaktion ist, werde in allen Wahlkreisen eigene Kandidaten aufstellen.

Die Zeitungen der Regierungsparteien — „Le Populaire“ und „L'Aube“ — geben sich das Ansehen, als verurteilten sie die Aktivität de Gaulles. In Wirklichkeit aber gibt die Regierungskoalition durch ihre Politik der Reaktion freie Hand.

Das neue Wahlgesetz, das unter dem Druck der Regierung vom Parlament beschlossen wurde, annulliert das bisher geltende demokratische Proportionalwahlsystem und führt das 1884 beschlossene, aus den Archiven wieder hervorgezogene System der Majoritätswahl in zwei Touren wieder ein. Die Änderung des Wahlsystems ist im vorliegenden Fall ganz und gar auf die weitere Spaltung der demokratischen Kräfte berechnet. Bei dem Majoritätssystem kommt in jedem Wahlkreis nur der Kandidat einer einzelnen Partei durch. Die für die Kandidaten anderer Parteien abgegebenen Stimmen verfallen, und so werden bedeutende Wählerschichten ihrer Vertretung in der betreffenden Wahlkörperschaft beraubt. Falls kein Kandidat im ersten Wahlgang die für die Wahl notwendige Stimmenzahl erreicht, können die reaktionären Parteien im zweiten Wahlgang einen gemeinsamen Kandidaten aufstellen und dadurch dessen Wahl sichern.

Die Regierung zog in Betracht, daß der Einfluß der Kommunisten in Paris und seinen Arbeitervororten besonders groß ist und daß die Anwendung des Majoritätssystems hier zu einem unumschränkten Sieg der Kommunistischen Partei führen könnte. Deshalb ist in Paris und im Departement Seine (der Umgebung von Paris) das bisherige Wahlverfahren nach dem Proportionalssystem beibehalten worden.

Die Teilnahme der de-Gaulle-Partei an den Wahlen bedroht die Parteien des Regierungsblocks mit einem gewissen Stimmenverlust. Die Vereinigung de Gaulles kann nur auf Kosten des MRP, der Radikalen und der Sozialistischen Partei Stimmen gewinnen. Gleichzeitig verweigert das leitende Komitee der Sozialistischen Partei eine Blockbildung mit den Kommunisten. Das zwingt zu der Annahme, daß die Sozialisten, um ihre Wählerzahl zu behaupten, möglicherweise in Form von örtlichen Abkommen einen Kuhhandel mit de Gaulles Partei abschließen werden, bevor der zweite Wahlgang erfolgt.

Die im Lande vor sich gehenden Massenstreiks widerspiegeln die Unzufriedenheit der werktätigen Bevölkerung mit der Politik der Regierungsparteien. Charakteristisch ist, daß auch sozialistische Arbeiter und ferner Mitglieder der katholischen Gewerkschaften an den Streiks beteiligt sind. Viele untere Organisationen der Sozialistischen Partei verlangen den Rücktritt der sozialistischen Minister.

Kein Wunder, daß die Führung der Sozialistischen Partei große Befürchtungen für den Wahlausgang hegt. Sie hat in den letzten Wochen ein neues Manöver unternommen, indem sie versuchte, die Verantwortung für die Regierungspolitik Ramadier persönlich aufzuerlegen und auf diese Weise die Partei „weißzuwaschen“. Es wurde eine Komödie des „Konflikts zwischen der Partei und Ramadier“ in Szene gesetzt. Guy Mollet gab in einer Reihe von Erklärungen deutlich zu verstehen, das Chaos und die Zerrüttung im Lande seien die Folge davon, daß Ramadier die Beschlüsse des Lyoner Parteitags nicht durchgeführt habe. In einer seiner Erklärungen drohte Guy Mollet sogar mit der Einberufung eines außerordentlichen Parteitages der Sozialistischen Partei (jedoch nach den Munizipalwahlen!), der die Frage der Parteidisziplin erörtern soll. Diese plumpe Inszenierung wird kaum irgend jemand irreführen vermögen.

* * *

Immer augenscheinlicher wird es für die breiten Volksmassen, wie verhängnisvoll die Politik der regierenden Kreise für Frankreich ist, die das Land in die Krallen des Dollars getrieben haben. Der Reaktion, die das Haupt erhoben hat, steht der wachsende Zusammenschluß der wahren demokratischen Kräfte der Werktätigen Frankreichs gegenüber, die von der Kommunistischen Partei geführt werden und für die Wiedergeburt des Landes und seine Verteidigung gegen die Expansion der amerikanischen Monopolisten kämpfen.

Noch eine Quelle deutscher Reparationen für England und die USA

L. BESYMENSKI

DIE PRESSE der USA und Englands propagiert in letzter Zeit noch nachdrücklicher die völlige Abkehr von der Erfüllung des deutschen Reparationsprogramms, wie die Verbündeten es in Jalta und Potsdam beschlossen haben. Die hierbei vor-

gebrachten Argumente sind einfacher Art. Die Hauptthese besagt, die Verwirklichung der Reparationen sei praktisch unmöglich. Deutschland, in erster Linie seine westlichen Zonen, seien heute ökonomisch ausgeblutet. Die Deutschen könnten

sich selber nicht ernähren, sie litten Mangel an absolut allem. Die Regierungen der USA und Großbritanniens aber seien gezwungen, auf Kosten der Steuerzahler ihrer Länder Deutschland alles, was es braucht, zur Verfügung zu stellen, ohne irgendeine Kompensation dafür zu erhalten.

Als Allheilmittel gegen alle Übel wird vorgeschlagen, den deutschen Export maximal zu entwickeln und auf deutsche Reparationen zu verzichten, die angeblich die deutsche Industrie ruinieren. Auf der Moskauer Tagung des Ministerrats erklärte Bevin:

„Wir können ein solches Reparationsprinzip (lautende Reparationen) nicht akzeptieren, weil die Wirtschaftslage in Deutschland jetzt nicht so ist und in naher Zukunft nicht so gestaltet werden kann, daß Deutschland imstande ist, seinen Export und Import auszubalancieren und diese zusätzliche Belastung zu ertragen, und zweitens, weil es unvermeidlich zusätzliche Lasten für den Steuerzahler des Vereinigten Königreichs nach sich ziehen wird.“

In dem gleichen Sinn hatte sich auch im März d. J. Marshall ausgesprochen, der behauptete, das amerikanische Volk verausgabe allmonatlich Millionen von Dollar für die Einfuhr nach Deutschland. Seitdem versuchen die englischen und amerikanischen Zeitungen nun schon ein halbes Jahr, ihren Lesern das Märchen einzutrichtern von den kolossalen Ausgaben, die die USA und England angeblich in Deutschland zu tragen haben.

Vor kurzem wurde die offizielle Außenhandelsbilanz der englischen und der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands veröffentlicht. Danach hätte die britische Zone 1946 nur für 145 Millionen Dollar Waren ausgeführt, dagegen für 350 Millionen Dollar eingeführt. Aus der amerikanischen Zone seien für 25 Millionen Dollar Waren ausgeführt, dagegen für 300 Millionen Dollar eingeführt worden. Will man dieser Bilanz glauben, so importierte also die jetzt vereinigte englisch-amerikanische Zone 1946 für 650 Millionen Dollar Waren, was den Export um 480 Millionen Dollar überstieg. Mit solchen Zahlen appelliert man an die öffentliche Meinung: 480 Millionen Dollar unwiederbringlicher Ausgaben für Deutschland aus den Taschen der englischen und der amerikanischen Steuerzahler...

Im August wurden die Export- und Importzahlen der westlichen Zonen für das erste Halbjahr 1947 veröffentlicht. Diese besagen, daß die vereinigte Zone in diesem Halbjahr für 70 Millionen Dollar Waren ausgeführt hat, während der Import mehr als 200 Millionen Dollar betrug. Die Schlußfolgerung ist genau die gleiche.

Die deutschen Zeitungen der Westzonen wimmeln von Mitteilungen über die Einfuhr amerikanischer Lebensmittel nach Deutschland. Unter knallenden Überschriften werden Korrespondenzen

veröffentlicht, die von der Ankunft amerikanischer Weizenschiffe zu berichten wissen. Die Kommentatoren wetteifern miteinander in Berechnungen, wie lange die amerikanischen Gaben für die deutsche Bevölkerung reichen werden. Die Agentur DENA hat sogar eine Berechnung durchgegeben, der zufolge von dem winzigen Stück Brot, das ein deutscher Normalverbraucher in der vereinigten Zone verzehrt, mehr als die Hälfte aus Importgetreide gebacken sei.

So spielen sich die englisch-amerikanischen Politiker als großzügige Retter der Deutschen vor dem Hunger und vor Reparationen auf. Wie aber steht die Sache in Wirklichkeit?

Der gesamte Außenhandel der Westzonen Deutschlands liegt ausschließlich in den Händen der Besatzungsbehörden. Diese Funktion versieht die englisch-amerikanische Vereinigte Export- und Importagentur (The Joint Export-Import Agency — JEIA). Sie ist der uneingeschränkte Gebieter über Export und Import: sie erhält die Waren, bezahlt die Produzenten nach dem von der Agentur festgesetzten Preis, verkauft die Waren ins Ausland, erhält für sie Valuta und kontrolliert die Einfuhr nach Westdeutschland.

So ist die neue Außenhandelsmethode zustande gekommen, die in Deutschland als „JEIA-Verfahren“ bezeichnet wird. Die Vermittlung zwischen dem deutschen Exporteur und dem ausländischen Käufer ist sehr eigenartiger Natur, in erster Linie hinsichtlich der Preise. Die Export- und Importagentur erhält von dem deutschen Produzenten die Ware und vom Importeur die Zahlung. Die Verrechnungen aber erfolgen nicht nur in verschiedener Währung, sondern — wie seltsam das auch auf den ersten Blick scheinen mag — zu verschiedenen Preisen. Der deutsche Produzent erhält für sein Produkt durchaus nicht den Preis, den der ausländische Käufer zahlt. Juristisch erklärt sich das dadurch, daß Hitler im Jahre 1943 in Deutschland die sogenannten „Inland-Stop-Preise“ eingeführt hat, die kein Unternehmer bei Strafe verletzen durfte. Schon 1944/45 entsprachen diese Preise nicht der wirklichen Sachlage auf dem deutschen Markt. Insbesondere machten die „Stop-Preise“ für Kohle nur 45—50 Prozent der wirklichen Selbstkosten aus. Aber gerade diese erniedrigten Preise sind jetzt als Grundlage genommen worden für die Verrechnung der englisch-amerikanischen Behörden mit den deutschen Produzenten. Die belgischen, französischen, schwedischen und anderen Käufer aber erhalten die deutschen Waren zu den viel höheren Weltmarktpreisen von 1947.

Diese simple, aber sehr einträgliche Kombination ist durchaus nach dem Herzen der amerikanischen und englischen Monopolisten, deren Interessen die Außenhandelsorgane der westdeutschen Besatzungszonen vertreten.

Der Hauptartikel des deutschen Exports ist gegenwärtig bekanntlich die Ruhrkohle. Sie wird nach verschiedenen Ländern Europas, nach Südafrika, nach den französischen Kolonien ausgeführt. Amtlichen englischen Angaben zufolge wird die Ruhrkohle auf dem Weltmarkt zu 10,5 Dollar pro Tonne verkauft. Die Export- und Importagentur aber zahlt den Bergwerken den „Stop-Preis“ — nämlich 16,50 Mark (also 5,50 Dollar) pro Tonne. Auf diese Weise bleiben 5 Dollar Reingewinn pro Tonne in den Händen der Agentur. Wenn man davon ausgeht, daß vom September 1945 bis August 1947 aus dem Ruhrgebiet an die 20 Millionen Tonnen Kohle ausgeführt worden sind, so haben die englisch-amerikanischen Instanzen allein an der Ruhrkohle in dieser Zeit die runde Summe von fast 100 Millionen Dollar verdient!

Es muß außerdem berücksichtigt werden, daß die amtlichen Daten über Kohlenexport und Kohlenpreise häufig bedeutend niedriger liegen als die wirklichen Zahlen. Das „Neue Deutschland“ hat mitgeteilt, daß 1946 aus dem Ruhrgebiet nicht 10 Millionen Tonnen Kohle ausgeführt worden sind, wie offiziell erklärt wurde, sondern 23 Millionen Tonnen, und zwar zu 15 Dollar pro Tonne. Hiernach hätten die Engländer und Amerikaner aus dem Verkauf der Ruhrkohle während eines Jahres 220 Millionen Dollar Reingewinn erzielt, also die gute Hälfte des deutschen Exportfehlbetrags, von dem die Presse Englands und der USA soviel Wesens macht. Der Appetit kommt beim Essen. Im August gaben die englisch-amerikanischen Behörden trotz französischer Proteste eine weitere Erhöhung der Kohlenexportpreise um 50 Prozent bekannt. Dies bedeutet ein weiteres Anwachsen der englisch-amerikanischen Profite um viele Dutzende Millionen Dollar.

Dieses System wird nicht nur im Kohlenexport praktiziert. Es erstreckt sich auch auf die Produktion anderer für den Export arbeitender westdeutscher Industriezweige. Wir wollen ein charakteristisches Beispiel anführen. Die Wolfenbütteler Motorenwerke bei Braunschweig (englische Besatzungszone) stellen jeden Monat an die 1000 „Volkswagen“ fertig. Die Erzeugung ist ausschließlich für den Export nach England bestimmt. Wie die „Rhein-Neckar-Zeitung“ meldet, ist der Exportpreis eines Volkswagens auf 640 Dollar festgesetzt (was 1920 Mark entspricht). Den deutschen Unternehmern aber wird lediglich der

„Stop-Preis“ von 990 Mark gutgeschrieben. Eine einfache Rechnung zeigt, daß die Besatzungsbehörden 1946 allein am Preisunterschied für Exporterzeugnisse eines Betriebes mehr als 3 Millionen Dollar „verdient“ haben. So schamlos werden unter dem Deckmantel einer „Entwicklung des deutschen Exports“ Reparationen für England aus Deutschland herausgepumpt.

Analoge Methoden werden auch in der amerikanischen Zone in Anwendung gebracht. Hier forcieren die Besatzungsbehörden besonders die Ausfuhr von Artikeln der Photoindustrie. Es werden 95 Prozent der Erzeugnisse aller Photobetriebe ausgeführt, darunter der Betriebe der weithin bekannten Firma Leitz. Auch hier wiederholen sich die gleichen Machinationen. Der „Stop-Preis“ für eine Leica mit einem Elmar-Objektiv beträgt 321 Mark (nach dem jetzigen Kurs gleich 107 Dollar). Wie jedoch Associated Press mitgeteilt hat, verkauft die amerikanische Absatzorganisation United States Commercial Company die gleichen Apparate in den USA für einen Preis, der zwischen 300 und 500 Dollar liegt. So erzielt die amerikanische Firma aus einer kleinen Leica 300 und mehr Prozent Reingewinn. Gegenwärtig liefert die westdeutsche Photoindustrie 300 000 Apparate jährlich, und sie kann bis zu 480 000 Apparate liefern. Das verheißt der amerikanischen Geschäftswelt viele Dutzende Millionen Dollar, die natürlich in den gefälschten offiziellen deutschen Exportbilanzen nicht figurieren werden.

Zieht man in Betracht, daß diese künstliche Kluft zwischen den deutschen „Stop-Preisen“ und den wirklichen Weltmarktpreisen von 1947 keine Ausnahme, sondern die Regel ist, so wird eines klar: der Export aus den Westzonen ist nichts anderes als eine kaum maskierte Erhebung sehr bedeutender deutscher Reparationsleistungen durch die USA und England.

2

In der Organisation des Exports aus der vereinigten englisch-amerikanischen Zone werden auch andere Tricks angewandt. Gemäß der von den Besatzungsbehörden festgesetzten Ordnung wurden bis in die letzte Zeit alle Verrechnungen für deutsche Waren in Dollar oder Pfund Sterling getätigt. In Sterling bezahlen die Länder des Sterlingblocks; die übrigen Staaten zahlen in Dollar, mit Ausnahme Frankreichs, Belgiens, Hollands und Luxemburgs. Diese letzteren haben das Recht, den deutschen Export in eigener Währung zu bezahlen, aber mit Aufschlägen auf Grund der Dollarpreise. Für den Hauptexportartikel — Ruhrkohle — müssen alle Länder in Dollar zahlen.

Die englisch-amerikanischen Behörden lassen sich keine Gelegenheit entgehen, einen soliden Vorteil aus diesem System herauszuschlagen. Wie „Die Welt“ mitgeteilt hat, haben die englisch-amerikanischen Organe einen besonderen Kurs festgesetzt für die Umrechnung des Warenwerts in Dollar. Als Grundlage für diese Umrechnung sind 30 Cent für 1 Mark angesetzt. Die Kurse sind jedoch für verschiedene Waren verschieden. Sie betragen für einige Waren 24 Cent, für andere 40 bis 50 und mehr Cent pro Mark. So werden z. B. die Erzeugnisse der Elektroindustrie nach dem Kurs 40 Cent je Mark umgerechnet, pharmazeutische Waren zu 80 Cent je Mark.

Kürzlich reichte die belgische Regierung beim Europäischen Wirtschaftsausschuß der UNO eine Denkschrift ein, in der sie gegen ein derartiges Spiel mit dem Markkurs protestiert. In der belgischen Denkschrift wurde erklärt, für Erzeugnisse wie Chemikalien hätten die alliierten Behörden einen Kurs von 1,20 Dollar pro Mark festgesetzt (also das Vierfache des Normalbetrages). Das macht die deutschen Chemieerzeugnisse für ausländische Käufer unerschwinglich. Der Sinn dieser künstlichen Preiserhöhung für deutsche Chemikalien ist durchaus klar: die englischen und amerikanischen Chemietrusts wollen eine Konkurrenz der deutschen Industrie nicht zulassen. Interessant ist, daß durch diese Politik, abgesehen von der starken Einschränkung des Chemikalienexports aus Deutschland, die Profite der englischen Monopolvereinigung Imperial Chemical Industries von 4,71 Millionen Dollar (1945) auf 7 Millionen Dollar (1946) gestiegen sind.

Durch die Festsetzung eines willkürlichen Markkurses schaffen die englisch-amerikanischen Organe eine zusätzliche Quelle zur Erhebung deutscher Reparationen zu ihren Gunsten. Praktisch zwingen sie den europäischen Käufer, für Chemikalien das Vierfache des Normalpreises zu zahlen. Die amerikanischen Lenker des deutschen Exports aber können nach Bedarf auch umgekehrt verfahren: sie haben die Möglichkeit, eine Masse deutscher Waren zu Schleuderpreisen auf den Markt zu werfen — hierfür haben sie den Markkurs von 24 Cent bei der Hand, der bedeutend niedriger liegt als der Normalkurs.

So wird der Export aus den westlichen Zonen nicht zu einem Mittel des wirtschaftlichen Wiederaufbaus, sondern zu einer Form, Reparationen zugunsten Englands und der USA aus Deutschland herauszupressen, und zu einer Waffe wirtschaftlichen Drucks auf die Länder Europas. Rund um Deutschland ist eine feste „Dollarschranke“ errichtet, die die westdeutschen Zonen der Möglichkeit beraubt, aus den benachbarten europäischen Ländern Lebensmittel zu erhalten.

Die englisch-amerikanischen Außenhandelsmethoden legen dem normalen Warenaustausch zwischen Deutschland und anderen Ländern Europas unüberwindliche Hindernisse in den Weg. Das Düsseldorfer „Handelsblatt“ hat kürzlich mitgeteilt, daß eine Anzahl europäischer Länder bereit ist, Deutschland Lebensmittel zur Verfügung zu stellen: Dänemark Butter, Schmalz und Talg, Norwegen Walöl und Lebertran, Schweden und Holland Fische, Italien Südfrüchte. Diese Lieferungen kommen jedoch aus einem einfachen Grunde nicht zustande. Die Agentur bezahlt die nach Deutschland eingeführten Produkte nicht in Dollar. Für den deutschen Export aber, der laut Erklärung der alliierten Behörden den Lebensmittelimport decken soll, verlangt die Agentur Dollar, die die europäischen Länder nicht besitzen. Außerdem haben diese Länder begreiflicherweise nicht den Wunsch, ihre Währung nach den willkürlichen Kursen der amerikanischen Behörden in deutsche Währung umgerechnet zu sehen.

So stellt sich heraus, daß die englisch-amerikanische Exportpolitik, die es sich in Worten zum Ziele steckt, Deutschland mit Lebensmitteln zu versorgen, in der Praxis zu entgegengesetzten Resultaten führt. Sie verhindert die Wiederherstellung der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und den Ländern, die ihm Lebensmittel liefern könnten. Wenn nun die „großherzigen Spender“ mit der einen Hand dem deutschen „Normalverbraucher“ das erwähnte Stückchen Brot zuwerfen, so reißen sie ihm mit der anderen Hand nicht nur die Hälfte davon, sondern bedeutend mehr aus dem Mund...

Es bleibt hinzuzufügen, daß eine derartige Exportpolitik ebenso klägliche Folgen auch für die deutsche Industrie nach sich zieht. Die amerikanischen und englischen Industriellen sind durchaus nicht an einer Wiederherstellung der deutschen Friedensindustriestämme interessiert. Im Gegenteil, sie halten diese Zweige in jeder Weise nieder. Sie forcieren die Ausfuhr von Rohstoffen aus den westlichen Zonen, z. B. von Holz, das die deutsche Industrie, die in den Vorkriegsjahren stets Importholz erhalten hat, selbst benötigt. Gegenwärtig verhält sich die Rohstoffausfuhr zur Fertigwarenausfuhr wie 23:1. Es kann nicht schaden, daran zu erinnern, daß Deutschland vor dem Kriege viermal soviel Fertigwaren ausgeführt hat wie Rohstoffe.

Verwandlung Deutschlands in eine amerikanische Kolonie — das ist das wahre Ziel der englisch-amerikanischen Behörden, das deutlich aus den Angaben über den deutschen Export hervortritt. Die amerikanischen und englischen Monopolisten sprechen in allerlei Deklarationen von Entwicklung der deutschen Industrie, bringen sie

jedoch in Verfall. Sie geben sich als Retter Deutschlands vor dem Hunger aus, verhindern jedoch eine wesentliche Verbesserung der Ernährungslage. Schließlich bringen die herrschenden Kreise Englands und der USA, die gegen deutsche Reparationslieferungen zugunsten der von der deutschen Okkupation verwüsteten Länder auftreten, die schamlosesten Methoden in Anwendung, um Reparationen zu ihren Gunsten aufzubringen.

Die Obermacher der englisch-amerikanischen Politik sind bereit, alle Winkelzüge anzuwenden, um ihre Ziele zu erreichen, wenn es ihnen nur gelingt, Reparationen zugunsten der Sowjetunion zu verhindern. Sie müssen sehr verschlungene Pfade wandeln, um als großzügige Philanthropen zu erscheinen und sich freie Hand zu verschaffen zur Bekämpfung legitimer Ansprüche auf deutsche Reparationen, wie die von der deutschen

Invasion betroffenen demokratischen Staaten sie erheben.

In dieser Kampagne operieren die englisch-amerikanischen Magnaten nach der Maxime: Figur behalten und dennoch fett werden. Aber wenn das zweite ihnen vorläufig gelingt, so läßt sich das über das erste durchaus nicht sagen. Die Politik der angelsächsischen Mächte in Deutschland entlarvt sich vor der ganzen Welt immer mehr und mehr. Sie betreibt die Verwandlung Deutschlands in ein amerikanisches Protektorat und in den Hauptstützpunkt der Reaktion in Europa. Durch keinerlei Rauchvorhang der Desinformation läßt sich der Eigennutz der englisch-amerikanischen Politik verdecken, der den Industrie- und Bankmonopolen die Interessen des Wiederaufbaus und der Entwicklung der Friedenswirtschaft Europas zum Opfer bringt.

Die Militarisierung Alaskas

P. RYSSAKOW

DIE immer klarer hervortretenden Tendenzen der USA, Alaska und die Aläuten zu militarisieren, verdienen die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit.

Ein Korrespondent der englischen „Daily Mail“, der Fairbanks und andere Orte besucht hat, schrieb im Juli d. J., die USA bauten Alaska zu einem mächtigen militärischen Vorposten aus. In der Tat zeigen die in die Welpresse dringenden Mitteilungen, daß die ganze Tätigkeit der amerikanischen Behörden dieser Aufgabe untergeordnet ist. Sie wollen Alaska in einen universalen Kriegsstützpunkt verwandeln, der nicht so sehr für Defensivoperationen brauchbar ist (von solchen Operationen schreibt die amerikanische Presse sehr viel), sondern vielmehr für Offensivoperationen (die in den USA entweder überhaupt nicht oder doch nur im Vorbeigehen und sehr nebelhaft erwähnt werden).

Die Vereinigten Staaten sind in Alaska und auf den Aläuten seit mehr als zwei Jahren in drei Richtungen aktiv tätig:

Erstens werden ökonomische und administrative Maßnahmen ergriffen, um die örtlichen Naturreichtümer in den Dienst der Militärbehörden zu stellen und außerdem die amerikanische

Bevölkerung in diesen USA-Besitzungen zu vergrößern.

Zweitens werden militärische Stützpunkte für die verschiedensten Zwecke angelegt — für Operationen in der Luft, zu Wasser und zu Lande.

Drittens werden Truppenteile für arktische Operationen trainiert und ausgebildet und Kriegsmaterial und Waffen der allerneuesten Muster allseitig erprobt.

Alle diese Maßnahmen sind dazu bestimmt, Alaska in den zentralen Stützpunkt der amerikanischen Expansion in der Arktis zu verwandeln. Selbst das wenige, was der Öffentlichkeit bekannt geworden ist, gestattet es, die Grundzüge der von den amerikanischen Behörden durchgeführten — wie die amerikanischen Zeitungen sich ausdrücken — militärischen Modernisierung Alaskas zu bestimmen.

Die Erörterung und Ausarbeitung des Plans für eine solche Modernisierung begannen in Washington schon im Herbst 1945, als der vom Haushaltsausschuß des USA-Repräsentantenhauses eingesetzte Johnson-Unterausschuß sein Referat über Alaska vorlegte. Die Autoren dieses Berichts schlugen vor, alle ökonomischen, administrativen und strategischen Maßnahmen auf der Halbinsel

zu koordinieren und sie den Interessen der Militärbehörden unterzuordnen. Dementsprechend empfahl der Unterausschuß, sich nicht auf die Errichtung militärischer Basen und Stützpunkte zu beschränken, sondern auch die Erdölschürfung zu entfalten, die Umsiedlung von Amerikanern nach dem Norden zu fördern usw. Alles in allem scheint es, als ob die Schlußfolgerungen des erwähnten Referats die Grundlage abgegeben haben für eine großzügige praktische Tätigkeit.

Vor allem fallen die Arbeiten auf, die darauf gerichtet sind, die Erdölreichtümer der Halbinsel zu erschließen.

Erdölvorkommen wurden auf Alaska schon vor langer Zeit festgestellt. Bereits im Jahre 1923, unter der Präsidentschaft Hardings, wurden die Stellen festgelegt, an denen Erdöl erschürft werden sollte. Richtig begonnen wurde damit freilich erst 22 Jahre später — im Jahre 1945. Jetzt befaßt sich die Kriegsmarine mit dieser Angelegenheit. Einer Mitteilung der Zeitschrift „Saturday Evening Post“ zufolge ist auf Alaska bereits der erste Bohrturm errichtet worden. Das Kriegsdepartement mißt der Erdölerschürfung außerordentlich große Bedeutung bei, da dem Erdöl ein sehr wichtiger Platz in den militärisch-strategischen Arktisplänen der USA angewiesen ist. Auf das kategorische Verlangen militärischer Kreise hat der Kongreß 9,6 Millionen Dollar für Erdölschürfarbeiten in Alaska bewilligt.

Aus rein strategischen Erwägungen wird jetzt auch die Umsiedlung von Amerikanern aus zentralen Gebieten des Landes nach dem Norden forciert. Die Verwirklichung der von der Armee und der Kriegsmarine ausgearbeiteten Pläne erheische eine entscheidende Vergrößerung der Bevölkerung Alaskas, erklärte im Mai d. J. der Innenminister Julius Krug. Zu diesem Zweck werden auf der Halbinsel militärische Ansiedlungen geschaffen. Eine von ihnen befindet sich im Matanuska-Tal, wo nach einer Mitteilung des Innenministeriums für Kriegsveteranen 45 000 Acre landwirtschaftlich nutzbaren Bodens bereitgestellt worden sind. Die Militärbehörden beteiligten sich eifrig an der Organisation der Umsiedlung und an der Unterbringung der Kriegsansiedler.

Nach den Plänen des Kriegsdepartements werden auch das Verkehrswesen Alaskas — die Eisenbahn, die automobilisierte Alaskische Heerstraße (Alcan Highway) — und die Erdölleitung in Alaska modernisiert. Nach einem in der „Saturday Evening Post“ veröffentlichten Artikel von William L. Worden zu urteilen, verhehlt das Kommando der Streitkräfte Alaskas nicht, daß es sich hierbei um militärisch-strategische Arbeiten handelt.

In raschem Tempo wird an der Erweiterung der alten und an der Errichtung neuer militärischer

Basen, Stationen und Stützpunkte gearbeitet. Offiziellen und bei weitem nicht vollständigen Angaben zufolge haben die USA schon während des zweiten Weltkrieges auf Alaska 44 Flugplätze geschaffen, die 336 Millionen Dollar kosteten. Aber das vorhandene Netz der Flughäfen und Landeplätze stellt die militärische Führung nicht mehr zufrieden. Es werden immer neue, vervollkommnete Luftwaffenstützpunkte angelegt. Zu ihnen gehört z. B. der Stützpunkt „Mile 26“, der in der Nähe von Fairbanks angelegt worden ist. Einer Mitteilung der „New York Times“ zufolge ist er auf die Bedienung von Superfestungen — Bombenflugzeuge mit großem Aktionsradius — berechnet. Ein ebensolcher Stützpunkt ist für einen Ort an der Küste Alaskas in Aussicht genommen. Außerdem hat man die Errichtung anderer, weniger großer Lufthäfen eingeplant. Wie die „New York Times“ schreibt, sollen für diesen Zweck im laufenden Jahre 40 Millionen Dollar verausgabt werden.

Parallel damit werden Radaranlagen und Wetterbeobachtungsstellen angelegt. In diesem Sommer hat die „New York Herald Tribune“ mitgeteilt, daß die USA am Kap Barrow eine Radarnavigationsanlage schaffen, die die mächtigste derartige Anlage im Norden sein wird. Zusammen mit der analogen Anlage in Port Churchill (Kanada) sei sie, meint die Zeitung, dazu berufen, der gesamten künftigen Militärflurfahrt in der Arktis ein lückenloses „Radarfeld“ zu bieten. Außerdem wird in Alaska und auf den Aläuten ein Netz kleinerer Radaranlagen geschaffen, werden Flächen für verschiedene Reaktivapparate, für die Abschießung von Raketen geschossen usw. ausgewählt und eingerichtet. Die Lage derartiger Stellen wird streng geheimgehalten, und Mitteilungen über sie dringen nicht in die Presse.

Dafür schreiben die amerikanischen Zeitungen verhältnismäßig viel über die Trainierung des Personalbestands der Streitkräfte und über die Erprobung aller möglichen Waffen und Geräte. Der von uns bereits erwähnte Worden schrieb in der „Saturday Evening Post“, Alaska sei der einzige Stützpunkt unter amerikanischer Flagge, wo für den Land- und Luftkampf unter Polarverhältnissen Truppen ausgebildet und Kriegsgerät erprobt werden können. Die USA nutzen Alaska für diesen Zweck weitgehend aus.

Nach den bescheidensten Berechnungen, die auf vereinzelt Mitteilungen der amerikanischen Presse beruhen, sind in Alaska allein in den letzten beiden Jahren viermal große kombinierte Manöver und an die zehnmal Sondermanöver durchgeführt worden, um einzelne Waffenarten zu erproben, von den systematischen militärischen Prüfungsarbeiten ganz zu schweigen. An den kombinierten

Manövern beteiligten sich alle Waffengattungen der Land-, Luft- und Marine-Streitkräfte der USA. Besonders sorgfältig und großzügig wurden Panzer- und Landoperationen durchgeführt.

In einer vorläufigen Bilanz der Ergebnisse der militärischen Übungen, die bis Februar d. J. in Alaska durchgeführt wurden, schrieb Gaham, ein Mitarbeiter der „New York Times“, nach Meinung der Soldaten und Offiziere habe sich die Notwendigkeit herausgestellt, alle Feuerwaffen und militärischen Transportmittel grundlegend zu vervollkommen und den Bedingungen der Arktis anzupassen. Eine andere Meinung hat Konteradmiral Cruzen geäußert. Er ist der Auffassung, daß die amerikanischen Kriegsmaterialien, Waffen und Geräte unter Polarverhältnissen durchaus effektiv sind. Es läßt sich schwer sagen, wer von ihnen recht hat. Tatsache ist aber, daß in Alaska nach wie vor die verschiedensten Waffenarten intensiv erprobt werden.

Viel Aufmerksamkeit wird der Polar-Training des Personalbestandes der amerikanischen Truppen und der Bearbeitung taktischer Fragen gewidmet. Eben diesen Aufgaben werden, nach einer im Mai d. J. abgegebenen Erklärung Devers, des Kommandierenden der USA-Landstreitkräfte, die bevorstehenden (für die Zeit vom November 1947 bis März 1948 angesetzten) arktischen Winterübungen der USA-Armee gewidmet sein.

Amerikanische Kriegsschiffe unternehmen im Raume Alaskas und der Aläuten Manöverfahrten. Besonders großzügig entfaltet werden hier Manöver der Luftflotte. Auf den nördlichen Flugplätzen sind zahlreiche Flugzeuge aller Typen konzentriert, wobei die Superfestungen mit besonders weitem Aktionsradius einen außerordentlichen Vorzug genießen. Wie die englische „Daily Mail“ schreibt, haben die in den Raum von Alaska übergeführten Luftstreitkräfte die Aufgabe, sich auf den Einsatz von Atombomben vorzubereiten. „Alaska wird zu einem Atomarsenal der Demokratie“, erklärte Monks, ein Korrespondent dieser Zeitung, in hochtrabenden Tönen.

Das betonte Interesse, das die USA diesem Raume zuwenden, findet seinen Ausdruck auch in den häufigen Besuchen, die hohe amerikanische Militärs Alaska abstatten. Allein im laufenden Jahr haben der Generalstabschef Eisenhower, der Befehlshaber der Landstreitkräfte, General Devers, der Befehlshaber der Pazifikluftstreitkräfte, Price, der Befehlshaber der ersten Pazifikflotte z. B. V., Vizeadmiral Montgomery, und viele andere hier geweilt.

* * *

Was veranlaßt nun die amerikanische Generalität und ihre Wall-Street-Inspiratoren, so große

Fürsorge für die Militarisierung Alaskas an den Tag zu legen? Die Staatsmänner der USA und die großkapitalistische Presse beantworten diese Frage sehr schematisch und einformig. Amerika sei von der Gefahr eines Angriffs durch die Arktis bedroht, also wolle es sich nach dieser Seite nur „sichern“. Zur Bekräftigung dieser unsinnigen Version werden die phantastischsten Falschmeldungen über militärische Maßnahmen „auf der anderen Seite des Nordpols“ in Umlauf gesetzt. So verdummen die Presse und offizielle Persönlichkeiten die einfachen Amerikaner.

Die Zeitschrift „Saturday Evening Post“ schreckt die Leser mit der provokatorischen Falschmeldung, gewisse „russische Strategen“ arbeiteten bereits „einen Kriegsplan gegen die USA aus“. Die Zeitschrift gibt ihrem Artikel die provokatorisch-panische Überschrift: „Eine einzige Division könnte Alaska besetzen“. Dem Alaska-Abgeordneten Bartlett, der im Februar d. J. im Repräsentantenhaus auftrat, schien eine Division doch etwas geringfügig. Um seiner Zuhörerschaft Angst einzujagen, erklärte er, ohne mit der Wimper zu zucken, ihm sei darüber hinaus bekannt, daß die Sowjetunion die Besitzergreifung Alaskas vorbereite und zu diesem Zweck in „einem Raume wie Alaska“ 20 Millionen (!) Mann konzentriert habe...

Natürlich sind die amerikanischen Kongreßmitglieder keine Säuglinge. Sie sind in der Geographie genügend bewandert, um zu wissen, daß sich auf der zur UdSSR gehörenden Tschuktschen-Halbinsel, die „einen Raum wie Alaska“ darstellt, keine 20 Millionen lebender Wesen zusammenfinden werden, selbst wenn man die Walrosse und Seehunde mitrechnet. Aber Bartletts idiotische Erklärung war offenbar für provokatorische Zwecke erforderlich. Hirngespinnste dieser Art dienen den amerikanischen Militaristen als eine spanische Wand für ihre imperialistischen Pläne, die sie als harmlose „Defensivmaßnahmen“ ausgeben.

Es kann keinen Zweifel geben, daß die Maßnahmen zur Militarisierung Alaskas und der Aläuten durchaus nicht von Erwägungen der Sicherheit diktiert sind. Sie dienen den Zielen der Brandstifter eines neuen Krieges, von denen am 18. September A. J. Wyschinski, der Führer der Sowjetdelegation, in der Plenarsitzung der Generalversammlung der UNO gesprochen hat. Die Maßnahmen der USA in Alaska und auf den Aläuten müssen als Teil des von den USA durchgeführten großen Programms aggressiver Vorbereitungen betrachtet werden.

Die USA zeichnen auf den Militärkarten Punkte ein, an denen sich ihre Marine- und Luft-

flottenstützpunkte befinden sollen, und zeigen immer weniger Geneigtheit, nicht nur den nationalen Interessen, sondern auch den Gebietsgrenzen der Nachbarstaaten Rechnung zu tragen. Durch die Bemühungen der amerikanischen Militärkamarilla wird ganz Nordkanada in ein Aufmarschgebiet künftiger Aggression verwandelt. Auch in Neufundland, Grönland und Island werden die Stützpunkte und Basen ausgebaut. Obgleich seit Beendigung der Kriegshandlungen für die amerikanischen Streitkräfte keine Notwendigkeit mehr vorliegt, an diesen Stellen zu bleiben, schicken sie sich durchaus nicht an, die betreffenden Gebiete zu verlassen.

Die Spekulation der Militaristen ist klar. Durch die Aufrechterhaltung starker Positionen in diesen Gebieten gewinnen sie die Möglichkeit, die überaus wichtigen Luft- und Seewege im Nordatlantik zu kontrollieren. Die hier befindlichen Basen — sowohl diejenigen, die bereits existieren, als auch diejenigen, die eventuell noch geschaffen werden — sind weiter als irgendwelche andere gegen die östliche Halbkugel vorgeschoben. Im Zusammenhang hiermit wird ihnen offenbar auch ein besonderer Platz in den Expansionsplänen der USA angewiesen.

Von diesem Gesichtspunkt aus müssen die Ziele der Militarisierung Alaskas und der Aläuten, die von Norden her über den wichtigsten Gebieten des Fernen Ostens hängen, beurteilt werden. Diese Ziele werden besonders begreiflich, wenn man die beharrlichen Versuche der USA ins Auge faßt, Japan, Korea, China und das gesamte Pazifikbecken ihrer Kontrolle zu unterwerfen.

Hieraus folgt jedoch, daß die aggressive Politik der amerikanischen Militärkreise gegen die Interessen vieler Länder und Völker gerichtet ist und für ausgedehnte Gebiete Europas und Asiens

Gefahren mit sich bringt. Sie schafft eine ernste Drohung für die Sache des Friedens und der Sicherheit der ganzen Welt.

Im Frühling d. J. warf der militärische Mitarbeiter der „New York Times“, H. W. Baldwin, als er „Probleme der arktischen Grenze“ untersuchte, gewissermaßen nebenbei die Bemerkung hin, die jetzigen Kriegsstützpunkte seien für die USA notwendig, um sich auf die „Besetzung neuer Stützpunkte“ vorbereiten zu können. Baldwin entwickelte nur Gedanken, die General Spaatz geäußert hat. Spaatz gab schon Ende 1945 zu, daß allen Maßnahmen der USA in der Arktis, insbesondere in Alaska, Ziele „einer totalen Offensive“ zugrunde liegen. Er meinte:

„Unsere Gewohnheit, strikt defensiv zu denken, muß ausgejätet werden. Wir brauchen eine nationale Psychologie der Offensive... Psychologie der Offensive“ indiziert die Anerkennung der Notwendigkeit, eine reale Offensive als eine realistische Defensive zu planen und vorzubereiten.“

Vielleicht ohne es selbst zu bemerken, hat der amerikanische General die Sprache der hitlerfaschistischen Theoretiker des „totalen Krieges“ zu sprechen begonnen. Haben doch auch die faschistischen deutschen Landräuber, als sie sich seinerzeit auf die „totale Offensive“ gegen die Sowjetunion vorbereiteten, lärmend erklärt, sie wollten nur einen Angriff auf Deutschland abwenden...

Vor etwa vier Monaten erklärte Henry Wallace, der frühere Vizepräsident der USA, in einer Rede in Seattle, er träume von der Zeit, wo es in Alaska eine Universität geben wird, die sich mit der Sowjethochschule in Sibirien vergleichen lasse. Dieser Tag aber wird allem Anschein nach nicht so bald eintreten. Vorläufig wachsen in Alaska, wie Pilze nach dem Regen, militärische Stützpunkte aus dem Boden, nicht aber Schulen und Universitäten.

Internationale Umschau

(Notizen)

DAS „KOMITEE DER SECHZEHN“ VOR DEM SCHERBENHAUFEN

Die Pariser Zeitung „Franc-Tireur“ stellt, nachdem die Ausarbeitung des Berichts über die Kreditforderungen von 16 westeuropäischen Ländern sich nun schon zwei Monate lang hingezogen hat, folgendes fest:

„Der amerikanische Marshallplan liegt noch nicht vor, Marshall und dem USA-Kongreß wird aber bereits ein europäischer Plan unterbreitet.“

Das Blatt hat nur zur Hälfte recht. Tatsächlich liefen die weitschweifigen Hilfeversprechungen der USA bisher nur auf Erpressungen hinaus. Die europäischen Länder, deren ökonomische und politische Versklavung von den Wall-Street-

Monopolen angestrebt wird, wurden mit diesen Verheißungen unter Druck gesetzt. Aber auch ein europäischer Plan existiert nicht; vor allem schon deshalb, weil die 16 in Paris vertretenen Länder nicht einmal die Hälfte Europas ausmachen, außerdem aber auch, weil der lächerliche Eierkuchen, der bei der Veranschlagung der von den USA erwarteten Kredite aufgeführt wird, nichts mit den wirklichen Erfordernissen des Nachkriegsaufbaus in Europa zu tun hat.

Als Ergebnis langwieriger Manipulationen setzte der „Ausschuß für europäische Wirtschaftszusammenarbeit“ die für Europa erforderlichen Kredite mit insgesamt 29 Milliarden Dollar an. Das ist natürlich eine Riesensumme. Sie konnte aber gar nicht geringer sein, da Europa in Paris, gelinde gesagt, nur sehr schwach vertreten ist. Eine rasche und gründliche Wiederherstellung Europas ist ohne Beteiligung seiner östlichen Hälfte mit ihren bedeutenden Ressourcen nicht möglich. Das war von Anfang an klar.

Die amerikanischen Drahtzieher im „Ausschuß für europäische Wirtschaftszusammenarbeit“ taten aber, als seien sie über die Pariser Voranschläge baß erstaunt. Die Leiter des Ausschusses wurden in die USA-Botschaft bestellt, wo man ihnen Vorhaltungen machte. Unterstaatssekretär Clayton brachte seine Unzufriedenheit mit dem vorgelegten Bericht in schärfster Form zum Ausdruck. Es sei gar nicht daran zu denken, daß der USA-Kongreß eine solche Summe jemals bestätigen werde.

Nach dieser Abreibung setzte der Ausschuß seine Tätigkeit fort. Die verlangte Summe wurde schleunigst auf 20,6 Milliarden, neuesten Angaben zufolge sogar auf 17 Milliarden Dollar reduziert. Trotzdem sind die USA-Vertreter unzufrieden. Sie bezeichnen den vom Ausschuß zutage geförderten Plan einfach als „Einkaufsliste“.

Die USA machen sich die infolge der versprochenen amerikanischen Hilfe erregte Stimmung Westeuropas zunutze, um auf die vollständige Kapitulation einer Reihe europäischer Regierungen hinzuwirken. Sie stellen immer neue und immer ungeniertere Bedingungen für den noch nicht bewilligten Kredit. So wird z. B. wieder einmal kategorisch verlangt, die „Handelsschranken“ in Europa sollen niedrigergerissen, d. h. den amerikanischen Monopolen solle der Weg zur unbeschränkten Inbesitznahme des Marktes geebnet werden, wogegen sich einige Delegierte noch zu stemmen suchten. Schließlich erfuhr man die Absicht der USA, in Europa ein ständiges Kontrollorgan zu schaffen, das angeblich die Einhaltung der auf der Pariser Beratung übernommenen Verpflichtungen durch die Beratungsteilnehmer „überwachen“, in Wirklichkeit aber sich

ständig in die Angelegenheiten Europas einmischen soll.

Inzwischen streifen alle möglichen Beobachter und Sachverständigen kreuz und quer durch Westeuropa und schnüffeln, wo schwache Stellen sind, um das Ziel künftiger Attacken der amerikanischen Monopole auf die europäische Volkswirtschaft zu bestimmen. Diese fieberhaften Forschungen sollen der Wall Street die strategischen Informationen liefern, die sie aus dem bekannten von Bevin und Bidault zusammengestellten „Fragebogen“ nicht endgültig ersehen konnte.

So muß also das „Komitee der Sechzehn“ zwei Monate nach der Pariser Beratung zusehen, wie ihm sämtliche Felle wegschwimmen. Der USA-Kongreß hat seine Ferien angetreten, er hat mit der Erörterung des untertänigsten Berichts keine Eile, der in Paris in Hast niedergeschrieben und dann umgeschustert wurde. In der Wall Street klingelt man lieber mit den Geldschrankschlüsseln, als die Geldschranktür wirklich aufzutun.

In Westeuropa zeigen sich aber bereits Anzeichen der Ernüchterung. Viele Teilnehmer der Pariser Verhandlungen beginnen einzusehen, wie gefährlich ihre Lage ist. Allerorts wächst die Unruhe über das klar hervortretende Bestreben der USA, Westdeutschland und die Ruhrindustrie zum Stützpunkt der USA-Expansion in Europa zu machen. Immer deutlicher zeichnet sich das von der Dollardiplomatie verfolgte Ziel ab, Europa in zwei Lager zu spalten und den Block der westeuropäischen Länder völlig zu unterwerfen.

MAN SCHÜTZT DIE INTERESSEN DES GELDSACKS

Die Labourminister fordern die Bevölkerung Englands um die Wette auf, den Riemen enger zu schnallen. Sie versichern, infolge der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die das Land durchmacht, sei eine weitere Senkung des Lebensstandards der werktätigen Massen erforderlich. Zu diesem Zweck werden die Lebensmittelrationen erneut gekürzt. Auf die Forderung, die Großkapitalisten höher zu besteuern, erklärte Herbert Morrison, ein führendes Kabinettsmitglied, die Regierung habe den Reichen bereits die letzten Säfte ausgepreßt.

„Reynolds News“ brachte jedoch am 14. September einige Angaben, die eine andere Vorstellung von den Profiten der englischen Großkapitalisten vermitteln.

Im Jahre 1938 betrug das Nationaleinkommen aus Immobilien und Gewinnen 1 544 000 000 Pfund Sterling. Im Jahre 1946 betrug diese Summe 3 226 000 000 Pfund Sterling, d. h. mehr als

das Doppelte. Allein die Summe der Gewinne und Zinsen ist nach Zahlung sämtlicher Steuern von 1 209 000 000 auf 1 635 000 000 Pfund Sterling, d. h. um mehr als ein Drittel gestiegen. Der Gewinn von 1381 Gesellschaften stieg von 128 Millionen Pfund Sterling im Jahre 1946 auf 162 Millionen Pfund Sterling im Jahre 1947.

Die Zeitung, die diese, amtlichen statistischen Angaben entnommenen Ziffern veröffentlicht, schildert auch, auf welche Weise diese Gelder von den parasitären Klassen ausgegeben werden. Sie schreibt:

„Nachtaus, nachtein werden in den pompösen Hotels in London und anderorts tausende Pfund Sterling verpraßt. Teure Weine, auserlesene Speisen, deren Existenz die Durchschnittshausfrau schon längst vergessen hat, sind hier für schweres Geld zu haben. Man feiert beispiellose Orgien der Geldvergeudung. Unbekümmert um Englands Schwierigkeiten stellen seine Neureichen ihren Reichtum vor dem verarmten Volke zur Schau.“

Der Krieg war für die werktätigen Massen eine schwere Katastrophe, für ein kleines Häuflein Großeigentümer aber eine Goldgrube. Wie man sieht, haben die Neureichen, die Kriegsgewinnler, in den Labourministern zuverlässige Beschützer.

DER NIEDERGANG DER CHINESISCHEN INDUSTRIE

Während des langjährigen Krieges gegen die japanische Aggression hat die chinesische Industrie keinen geringen Schaden erlitten. Aber auch die zwei Jahre seit der Kapitulation Japans brachten der chinesischen Volkswirtschaft nichts Gutes, im Gegenteil, der Niedergang vollzieht sich noch rascher. Die Industrie macht eine chronische und sich immer mehr vertiefende Krise durch, der Produktionsstand sinkt, eine große Anzahl chinesischer Firmen ist bankrott und wird liquidiert.

Chinesischen Pressemeldungen zufolge beträgt die Kohlenförderung heute nur 15–20 Prozent der Vorkriegsförderung. Viele Gruben in der Mandschurei, in Zentral- und Südostchina liegen still. Wongwenhao gab am 27. Mai auf der Tagung des Nationalen Politischen Rates bekannt, daß jetzt im Lande bedeutend weniger Elektrizität erzeugt wird als selbst während des Krieges. Die Erdölindustrie, die über genügend Rohstoff verfügt, liefert nicht einmal 20 Prozent des im Lande erforderlichen Brennstoffs.

Nicht besser steht es mit der Textilindustrie. Dutzende von Baumwollwebereien sind stillgelegt, wodurch Hunderttausende von Arbeitern arbeitslos geworden sind. Wie „China Digest“ am 15. Juli d. J. mitteilte, haben allein in der Stadt Wusih im Mai 20 Baumwollwebereien Bankrott gemacht. Die Zeitung „Hsinmingpao“ meldet, daß

in Peiping 90 Prozent aller Textilfabriken geschlossen sind. Vor dem Kriege hatte es im Lande über 500 Seidenwebereien gegeben, die geschlossen wurden. Etwa 300 wurden wieder eröffnet, von diesen aber haben die 14 größten sehr bald ihre Arbeit eingestellt.

Die chinesische Industrie hat zunehmende Schwierigkeiten mit Transportmitteln, Heizstoff, Elektrizität und Facharbeitern. Die abgenutzten Maschinen müßten erneuert oder gründlich überholt werden. Die Arbeitsproduktivität ist äußerst niedrig. Die regierenden Kreise aber tun nichts, um die Industrie wiederherzustellen und zu fördern, im Gegenteil, durch ihren Raubbau verschärfen sie die Krise nur noch mehr. Nach Kriegsende erhielten die chinesischen Behörden etwa 2500 Fabriken, die früher Japanern oder ihren Helfershelfern gehört hatten. Die größten und besteingerichteten Betriebe fielen Spekulanten aus der regierenden Oberschicht zu, die nicht im entferntesten daran denken, sie zweckmäßig auszuwerten.

Chinesischen Pressemeldungen zufolge gibt es allein in Schanghai jetzt über eine Million Arbeitslose.

Warum die chinesische Industrie sich in einem so kläglichen Zustand befindet, ist klar. Zurückzuführen ist das erstens auf die volksfeindliche Politik des regierenden Lagers, das den Bürgerkrieg schürt, zweitens auf die eigennützige Wirtschaftspolitik der regierenden Plutokratencliquen, die nur auf ihre eigene Bereicherung bedacht sind, drittens auf das ungenierte Schalten und Walten der amerikanischen Kapitalisten, die durch ihre Konkurrenz die schwache chinesische Industrie ersticken.

ZWEI RESULTATE

Am 11. September wurde in Berlin der zweite Jahrestag des ersten Bodenreformgesetzes der sowjetischen Besatzungszone begangen. Im September 1945 begannen die Bauern Sachsens als erste, den Boden der Großgrundbesitzer und Kriegsverbrecher aufzuteilen. Bald darauf wurde diese demokratische Umgestaltung in der ganzen übrigen Zone vorgenommen.

Abschließenden Angaben zufolge wurden in den Reformfonds 12 355 Grundbesitze mit je über 100 Hektar, insgesamt eine Fläche von 3,04 Millionen Hektar, einbezogen. Der Boden wurde 496 795 landlosen und landarmen Bauern- und Neusiedlerfamilien übergeben. Diese knappen Ziffern kennzeichnen die einschneidenden Veränderungen, die die Landwirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone erfahren hat. Die Macht der preußischen Junker ist für immer gebrochen. Landarmut

und Landhunger, diese Geißeln der Landwirtschaft, sind beseitigt und alle Voraussetzungen geschaffen worden, damit die landwirtschaftliche Produktion ihr früheres Niveau wieder erreichen kann.

Vertreter der sowjetischen Militärverwaltung, die am 11. September Reportern der deutschen und ausländischen Presse einen Überblick über die Resultate der Reform gaben, konnten mit vollem Recht konstatieren, daß der Beschluß des Außenministerrats über die Zuendeführung der Bodenreform noch in diesem Jahre in der Sowjetzone verwirklicht ist. Die sowjetische Besatzungszone ist für den Winter mit Lebensmitteln eingedeckt.

Am selben Tage spielte sich in Berlin ein anderes Ereignis ab, das ebenfalls mit dem erwähnten Beschluß des Ministerrats zusammenhängt. Es handelt sich um die britische Zone. Am 11. September veröffentlichten die britischen Behörden nicht etwa das Ergebnis einer Bodenreform, sondern nur ein Bodenreformgesetz.

Bekanntlich haben sich die Reformmaßnahmen in der britischen Zone bisher nur auf alle möglichen Projekte beschränkt. Das letzte Projekt wurde von den britischen Behörden vor drei Monaten bekanntgegeben. In der deutschen Öffentlichkeit wurde es scharf angegriffen und als völlig untauglich bezeichnet. Jetzt veröffentlichten die britischen Behörden eine neue, endgültige Variante. Sie unterscheidet sich aber nur unwesentlich von dem verworfenen Projekt.

Wie früher, so werden auch jetzt Bodenanteile von über 150 Hektar zur Einziehung bestimmt, wobei die Besitzer voll entschädigt werden. Die Reform soll von den Regierungen der Länder ohne zentralisierte Leitung im Zonenmaßstab durchgeführt werden. Die Bodenbesitzer sind berechtigt, gegen die Einziehung des Bodens gerichtlichen Einspruch zu erheben.

Die lang ersehnte Reform erweist sich also als derart kümmerlich, daß sie wohl kaum zur Demokratisierung des deutschen Dorfes beitragen dürfte. Sie läßt einen großen Teil der Latifundien unangetastet. Die volle Entschädigung der Grundbesitzer macht es unbemittelten Bauern unmöglich, Landanteile zu erwerben. Andererseits bekommen die Gutsbesitzer dadurch so große Summen in die Hand, daß ihnen durch die Reform wohl kaum wesentlicher Abbruch getan wird. Außerdem ist, wie die „Berliner Zeitung“ berichtet,

„schon bisher bekanntgeworden, daß Großgrundbesitzer ihren 150 Hektar übersteigenden Landbesitz an geflüchtete Junker aus der Ostzone abgegeben haben.“

Recht aufschlußreich für den Stand der Landwirtschaft in der britischen Zone ist die wieder-

holte Äußerung von Führern der deutschen Verwaltung, der kommende Winter werde nicht weniger als der vorige ein Hungerwinter sein.

Die Gegenüberstellung der Resultate der Agrarpolitik hier und dort zeigt anschaulich, wer in Deutschland die einhelligen Beschlüsse der vier Großmächte befolgt und wie sich das auf die Wiederherstellung der deutschen Friedenswirtschaft auswirkt.

DIE NEBENBESCHÄFTIGUNG MANCHER DIPLOMATEN

Kürzlich berichtete die Warschauer Zeitung „Ekspres Wieczorny“ von dem Mißgeschick eines Pechvogels von Diplomaten. Es handelt sich um Cavendish-Bentinck, den ehemaligen Botschafter Englands in Polen. In einem Warschauer Prozeß wurden seine skandalösen Beziehungen zu illegalen Spionage- und Terrorbanden aufgedeckt. Die unglückliche Kombination der Botschaftertätigkeit mit aktiver Beteiligung an Komplotten gegen die Regierung, bei der er akkreditiert war, zwang Cavendish-Bentinck, Wohnort und Beruf zu wechseln. Wie das Blatt berichtet, versucht er sich jetzt in einer neuen Branche, er ist Inspektor bei der Chemie- und Seifenfabrik Lever Brothers Ltd., Berlin.

Das kommt in den besten Familien vor, könnte man nachsichtig hierzu sagen, wenn — ja, wenn das nicht gar so häufig vorkäme, besonders unter den Diplomaten der angelsächsischen Mächte und hauptsächlich unter denen, die sich in den Ländern der neuen Demokratie betätigen.

Bekannt ist, daß manche offizielle Persönlichkeiten Englands und der USA eine unrühmliche Rolle gespielt haben in den Gerichtsverfahren, die in Jugoslawien, Albanien, Rumänien und Bulgarien in letzter Zeit gegen die Rädelsführer von Spionage- und Verschwörerorganisationen durchgeführt wurden. Äußerst charakteristisch in dieser Beziehung ist auch der eben beendete Prozeß gegen die Häuptlinge der polnischen Spionageorganisation „Izba kontrolna“ in Kraków.

In diesem Prozeß wurden nicht nur die am polnischen Volke begangenen Verbrechen der reaktionären illegalen Banden enthüllt, sondern es wurde eindeutig nachgewiesen, daß die Fäden der Verbrechen — der Komplotte, Provokationen und Schädlingsakte — über die Botschaften einiger fremder Mächte zu deren Geheimdienstzentralen führten.

Einer der Verbrecher, der Angeklagte Wilczyński, sagte aus, er habe schon im September 1945 Bliss Lane, den ehemaligen USA-Botschafter in Polen, und seinen Sekretär, Leutnant Tonesk, kennengelernt. Bei einem späteren Zusammentreffen

trug Tonesk, der sich lebhaft für die Tätigkeit der polnischen Illegalen interessierte, Wilczyński auf, ihm entsprechende Angaben zu beschaffen. Diesen Auftrag führte Wilczyński aus, bis die polnischen Sicherheitsorgane seiner Spionagetätigkeit einen Riegel vorschoben. Wilczyński sagte:

„Der böse Geist, der mich vom rechten Weg abbrachte und auf die Anklagebank führte, ist der hier nicht anwesende Leutnant Tonesk.“

Nicht uninteressant in diesem Zusammenhang ist, daß Bliss Lane sich, wie er selbst zugibt, der „Informationen“ Leutnant Tonesks bediente, als er seinen verleumderischen Artikel über die Regierung, den Staat und das Volk Polens schrieb, der im Juli d. J. in der Zeitschrift „Life“ veröffentlicht wurde.

Über diese Betätigung einiger Auslandsdiplomaten, die ja mit Diplomatie nichts zu tun hat, sagten auch andere Angeklagte und Zeugen vor dem Krakówer Gericht aus.

Anscheinend bringt der offene diplomatische Druck auf die Länder der neuen Demokratie den angelsächsischen Politikern nicht die gewünschten Resultate, denn sie nehmen immer häufiger zu einer geheimen, konspirativen Tätigkeit recht unsauberer Natur ihre Zuflucht.

DIE AUFRICHTIGKEIT EINES AMERIKANISCHEN ADMIRALS

Sobald der Friedensvertrag mit Italien in Kraft tritt, haben die englischen und amerikanischen Truppen Italien zu verlassen. Diese Aussicht freut die Vorkämpfer der amerikanischen Expansion keineswegs. Sie sind bestrebt, ihre Herrschaft über die ganze Welt auszudehnen, und wollen sich, obwohl dies dem Friedensvertrag zuwiderläuft, in Italien ein ständiges Aufmarschgebiet schaffen. Diese Absicht hat Admiral Bieri, der Oberbefehlshaber der amerikanischen Mittelmeerflotte, vor kurzem ausgeplaudert.

In einem Interview, das er Carlo Soresi, dem Inhaber der Washingtoner Nachrichtenagentur

World Press gab, erklärte Bieri offen, die amerikanische Flotte verbleibe auch nach Inkrafttreten des Friedensvertrags in den italienischen Hoheitsgewässern, die USA hätten die Absicht, sich in Italien Stützpunkte zu sichern. Weiter gab Bieri zu verstehen, daß hierüber bereits Verhandlungen zwischen der amerikanischen und der italienischen Regierung im Gange sind. Als wichtigste amerikanische Flottenstützpunkte in Italien bezeichnete er Neapel und Palermo.

Die italienische Öffentlichkeit sah in dieser Erklärung des amerikanischen Admirals mit Recht eine Bedrohung der nationalen Unabhängigkeit ihres Landes. Auf der Tagung der verfassunggebenden Versammlung wurde eine entsprechende Anfrage an die Regierung gerichtet. Die Sache wuchs sich zu einem derartigen Skandal aus, daß man in Washington und Rom schleunigst die bewährte Methode von Dementis in Anwendung brachte, die im Grunde nichts dementieren. Der italienische Außenminister Sforza erklärte, das Interview des Admirals sei „von unverantwortlichen Journalisten gefälscht“ worden.

Hierdurch verletzt, erhob Carlo Soresi eiligst in der Presse Protest. Er erklärte, Admiral Bieri habe die Richtigkeit seiner Angaben persönlich bestätigt. Nebenbei teilte der amerikanische Journalist auch mit, daß Sforza sich gleichzeitig mit Admiral Bieri in Neapel aufgehalten habe.

Soresi kennt die diplomatischen Bräuche der „westlichen Demokratien“ sehr genau und rät, den offiziellen Dementis keine besondere Bedeutung beizumessen. Er schreibt, die italienische Regierung und Sforza müßten aus politischen Erwägungen natürlich leugnen, daß Italien irgend jemand Stützpunkte zur Verfügung stellen will. Solche Dinge geschähen immer im geheimen und würden offiziell dementiert.

Die Politiker Washingtons und ihre Kontrahenten in Rom hatten beabsichtigt, die italienische Öffentlichkeit vor eine vollendete Tatsache zu stellen. Der geschwätzigste Admiral hat jedoch zu früh aus der Schule geplaudert. Jetzt suchen die Teilnehmer des Komplotts mit recht untauglichen Mitteln die Sache zu vertuschen.

In Stockholm

(Reisenotizen)

S. SAIZEW

VOM Deck des Schiffes aus, das langsam durch die stille Bucht glitt, sahen wir zwei Silhouetten: eine Turmspitze und einen breiten, massigen Zylinder. Das sind die beiden höchsten Bauwerke der schwedischen Hauptstadt: das Stadthaus und ein gigantischer Gasometer. Bald eröffnete sich vor uns das Panorama der sich längs der Bucht hinziehenden Stadt.

Eine Delegation des Moskauer Sowjets fuhr auf Einladung der Stockholmer Stadtverwaltung nach Schweden, um dort einen Gegenbesuch abzustatten und bei dieser Gelegenheit die Kommunalwirtschaft Stockholms kennenzulernen.

Im Hafen empfingen uns die Vertreter der Stadtverwaltung und Öffentlichkeit Stockholms. Wir begannen die Besichtigung.

* * *

Gleich am ersten Tag fielen uns Besonderheiten der Stadt und vor allem des Stadtverkehrs auf. Fünf Minuten, nachdem unsere Autos den Hafen verlassen hatten, befanden wir uns bereits in den engen, überfüllten Straßen. Inmitten eines Schwarms von Radfahrern beiderlei Geschlechts und aller Altersstufen bewegte sich auf der linken Straßenseite äußerst langsam, ohne zu hupen und fortwährend bremsend, die Reihe der Kraftwagen. In kurzen Zeitabständen wurde der von einer dichten Fußgängergruppe begleitete Strom der Fahrzeuge gestoppt, um Querströme vorbeizulassen und sich dann wieder langsam in Bewegung zu setzen.

Im Stockholmer Straßenbild herrschen die Radfahrer vor. In den Anlagen können Räder abgestellt werden. Die Bordschwelle weist Einbuchungen für das Vorderrad abzustellender Fahrräder auf. Oft sieht man sie auf den Hauptstraßen stehen und auf ihre Besitzer warten. Einmal beobachteten wir, wie ein Chauffeur, in eine Straße einbiegend, seinen Wagen anhält, um ein in der Mitte des Fahrdamms stehengelassenes Fahrrad beiseite zu schieben.

Für die Bewohner der schwedischen Hauptstadt ist das Fahrrad das Hauptverkehrsmittel. Schweden ist eines der wenigen Länder Europas, die das Glück hatten, in keinen der beiden Weltkriege hineingezogen zu werden. Es kennt keine Kriegszerstörungen und -verluste. Die besitzenden

Bevölkerungsschichten haben an der Neutralität Schwedens nicht wenig verdient. Aber die erdrückende Mehrheit der Stockholmer muß mit jedem Ör rechnen. Eine Straßenbahnfahrt kostet 20 Öre, das kann pro Tag auf über eine halbe Krone und im Jahr auf fast 200 Kronen kommen. Der Stockholmer zieht es daher vor, sich für 200 Kronen ein Fahrrad anzuschaffen, das ihm im Laufe von vier bis fünf Jahren gute Dienste leistet. Die wirtschaftlich fundierte Vorliebe für das Fahrrad macht den Stockholmer der Straßenbahn gegenüber gleichgültig, die daher fast immer freie Plätze aufweist.

Der Autotransport ist kostspielig. Ein Taxi können sich die meisten Stockholmer nicht leisten, und selbst Mitglieder der Stadtverwaltung klagten über die hohen Fahrpreise, die um so unerschwinglicher sind für den Stockholmer Arbeiter.

Der Stadtverkehr Stockholms bietet, besonders zur Zeit des Arbeitsbeginns und Arbeitsschlusses, ein chaotisches Bild. Die Bevölkerung der Stadt hat sich seit 1913 mehr als verdoppelt. Die Stadt zählt jetzt rund 700 000 Einwohner. Dementsprechend ist auch die Zahl der Radfahrer gestiegen. Die schnelle Zunahme der Bevölkerung sowie der Verkehrsmittel steht jedoch im Widerspruch zur Struktur der Stadt mit ihren dicht bebauten, engen Straßen.

Die Vertreter der Stadtverwaltung erzählten uns, daß sie einen auf 15 Jahre berechneten Rekonstruktionsplan für Stockholm ausgearbeitet haben. Sie gehen davon aus, daß die Stadt im Jahre 1960 etwa 1 Million Einwohner und mehr als dreimal soviel Kraftwagen wie heute zählen wird. Der Bau einer etwa 20 Kilometer langen Untergrundbahnstrecke ist in Angriff genommen worden, geht aber sehr langsam vonstatten. Bisher sind höchstens anderthalb Kilometer Tunnel fertiggestellt. An den Brennpunkten des Stadtverkehrs werden Überführungen gebaut. Die Kommunalwirtschaft Stockholms stößt aber auf fast komisch anmutende Schwierigkeiten. So wird zum Beispiel die Zufahrtstraße zum Rathaus von einer zum Hauptbahnhof führenden Eisenbahnlinie überquert. Eine automatische Bahnschranke sperrt alle Augenblicke den Verkehr. Die Stadtverwaltung kann nichts dagegen machen. Es ist zwar geplant, das zentrale Geschäftsviertel um-

zubauen, indem man die Straßen verbreitert, alte Gebäude abreißt und neue baut. Das ist jedoch unter den Verhältnissen des Privateigentums an Grund und Boden schwer zu bewerkstelligen. Die Stadtväter zerbrechen sich darüber den Kopf, bis zum Umbau der Stadt ist es aber noch sehr weit.

* * *

In jeder Hauptstadt gibt es charakteristische, besonders sehenswerte Bauten. In Stockholm wird Gästen vor allen Dingen das Stadthaus gezeigt.

Dieses am Ufer der Mälärbucht gelegene eigenartige und schöne Gebäude wurde im Jahre 1923 nach dem Entwurf des schwedischen Architekten Östberg errichtet. Wir besichtigten es mit großem Interesse. Es enthält zahlreiche Hallen und Säle sowie zwei Lichthöfe, von denen einer nicht überdacht ist. Der andere bildet die sogenannte Blaue Halle und ist für Massenfeierlichkeiten bestimmt. Das Stadthaus besitzt einen hohen Eckturm, von dem aus man die ganze Stadt übersehen kann. Man erblickt eine kleine Insel mit dem massiven Bau des alten Königspalastes. Das ist das Zentrum der im 13. Jahrhundert gegründeten Stadt, um das sich im Laufe der Jahrhunderte die moderne Stadt entwickelt hat.

Stockholm ist auf Halbinseln und Inseln gelegen. Die vielen Wasserstraßen, das üppige Grün, die Brücken, die die einzelnen Stadtteile miteinander verbinden, verleihen der Stadt ein malerisches Aussehen.

Wie die Maschen eines dichten Netzes breiten sich die Stadtviertel aus. Große Plätze sind nicht vorhanden. Die meisten Häuser sind drei- oder vierstöckig. Acht- oder neunstöckige Gebäude sind eine Seltenheit. Ab 1932 wurden hauptsächlich kleine Häuser, Landhäuser und Villen gebaut. Sie sind gemütlich und von kleinen Gärten umgeben, jedoch sehr teuer. Die Miete in den großen Mietshäusern ist ebenfalls recht hoch. In der Regel beträgt sie mindestens 30 Prozent des Familieneinkommens.

Die Architektur der in den letzten Jahrzehnten entstandenen Neubauten trägt den Stempel des Konstruktivismus. Viele Gebäude erinnern an große, jeden Schmuckes bare Würfel. Die glatten Wände werden nur von den Vierecken der Fenster und Balkons unterbrochen. Ständen die Häuser nicht inmitten dichten Grüns, so machten sie den Eindruck düsterer Kasernen. Die Massen derartiger Häuser tragen keineswegs zur Verschönerung der Stadt bei.

Es fiel uns auf, daß die Räume in den meisten neuen Häusern niedrig sind. Der Grund ist die Profitgier der Hausbesitzer. Jedes Haus hat seine Zentralheizung, die gewöhnlich mit aus dem städtischen Gaswerk stammendem Koks gespeist wird.

Die Fernbeheizung ganzer Bezirke, die uns Moskauer Kommunalwirtschaftlern lange vertraut ist, befindet sich hier erst im Stadium des Projekts.

* * *

Auf den Straßen Stockholms trifft man viele Vergnügungsreisende, größtenteils Amerikaner. In den geschmackvoll dekorierten Schaufenstern sieht man hauptsächlich amerikanische Waren, die oft die einheimischen Waren verdrängen.

Die Eingänge der vielen Restaurants sind abends von dem matten, für Stockholm charakteristischen Licht erleuchtet. Die Stockholmer beklagten sich uns gegenüber oftmals über die kargen Lebensmittelrationen. Wer aber Geld hat, kann ein Restaurant aufsuchen, wo ein Mittagessen 8 bis 10 Kronen kostet. Für den Angestellten oder Arbeiter ist dieser Preis unerschwinglich.

Auf einer großen Hochebene liegt der ausgedehnte Stadtpark, Skansen. Vom Haupteingang aus werden die Parkbesucher durch eine schmale Rolltreppe, die sich automatisch einschaltet, sobald man sie betritt, zum Park hinaufbefördert. Die Stockholmer lieben Skansen mit seinem dichten Grün. Unter hundertjährigen Bäumen befindet sich hier ein Freiluftmuseum, ein Städtchen im Stil des mittelalterlichen Schwedens.

Einen ganz anderen Charakter trägt der Tivoli-park, ein Vergnügungspark mit vielen Belustigungsstätten. Hier erwarten den Besucher die verschiedensten Schaustellungen und zahlreiche Tanzflächen. Von allen Seiten wird er von aufdringlichen Reklameschildern, von Musik und allen möglichen Licht- und Geräuscheffekten attackiert. Man kann Tivoli wohl kaum einen Park nennen, denn es gibt hier fast keine Bäume, und an Ausruhen ist hier kaum zu denken.

Am Sonntag gingen wir ins Stadion, das etwa 20 000 Besucher faßt. Hier fand ein Fußballmatch zwischen Stockholm und Norrköping statt. Das grüne Feld des Stadions ist an drei Seiten von einer unverputzten Ziegelmauer und hölzernen, zur Hälfte überdachten Tribünen umgeben. Wie in der ganzen Welt, so folgen auch hier die Zuschauer gespannt dem Spiel. Sie benehmen sich dabei ziemlich ungeniert und werfen leere Flaschen, Gläser, Zigarettenstummel und Obstreste auf den Boden. Das befremdet bei der Sauberkeit, die auf den Stockholmer Straßen herrscht.

Mit Recht gilt Stockholm als eine der komfortabelsten Städte der kapitalistischen Welt. Aber selbst hier wirken sich die sozialen Gegensätze entscheidend auf die Lebensweise der Bevölkerung aus. Das zeigt sich z. B. in der Frage der ärztlichen Betreuung. Man erzählte uns, daß für die meisten Bewohner Stockholms die ärztliche

Behandlung ein Problem ist. Ärztliche Hilfe kann nur gegen Entgelt in Anspruch genommen werden, wobei es vom Geldbeutel des Patienten abhängt, wie weit sie geht. Mit sogenannter „unentgeltlicher Behandlung“ sind in dieser Stadt, die von 1 Million Einwohnern nicht mehr allzuweit entfernt ist, nur 22 Ärzte und 20 Schwestern betraut.

* * *

Anläßlich unseres Besuchs veranstaltete die Stadtverwaltung im Stadthaus einen großen Empfang. Es erschienen über 150 Vertreter der Öffentlichkeit — Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung, Ingenieure, Techniker, Künstler, Redakteure und Reporter der Stockholmer Presse.

Die Gesellschaft für kulturelle Beziehungen zwischen Schweden und der Sowjetunion gab zu Ehren unserer Delegation ebenfalls ein Festessen, an dem Regierungsmitglieder und eine Reihe hervorragender Vertreter des politischen und kulturellen Lebens von Stockholm teilnahmen.

Die Delegationsmitglieder erzählten den Anwesenden, wieviel für die Rekonstruktion Moskaus getan wird, wie der Fünfjahrplan des Wiederaufbaus und der Entwicklung der Kommunalwirtschaft mit Erfolg in die Praxis umgesetzt wird, sie erzählten von den kulturellen und historischen Denkmälern Moskaus, von den Maßnahmen der Sowjetregierung zur Hebung der Lebenshaltung der Moskauer.

Die Stockholmer Öffentlichkeit brachte unserem Besuch großes Interesse entgegen. Die Zeitungen veröffentlichten unsere Reden über die Entwicklung der Sowjethauptstadt und über die Moskauer Rekonstruktionspläne. Wiederholt konnten wir feststellen, daß die Stockholmer sehr gern Ausführlicheres über die Sowjetunion wissen möchten.

Im Goldenen Saal des Stockholmer Stadthauses hängt das Bildnis einer allegorischen Frauengestalt, der Mälarkönigin, links davon die Wahr-

zeichen der Länder westlich, und rechts die der Länder östlich von Schweden. Es fehlen weder Finnland noch China und Japan. Die Sowjetunion aber, deren Stellungnahme — wie die schwedischen Zeitungen selbst zugeben — Schweden 1940 vor dem Eindringen der Hitlerfaschisten und dem Schicksal Norwegens bewahrt hat, ist hier nicht vertreten. Das ist charakteristisch. Man weiß in Schweden nur wenig von unserem Land, seiner Geschichte und Kultur. Im Gespräch mit einem angesehenen Stadtrat, der mit Redakteuren, Verlegern und Literaten in ständiger Verbindung steht, erfuhren wir, daß man hier von den klassischen russischen Schriftstellern nur Tolstoi und Dostojewski, von den modernen nur Gorki kennt. Die Werke der Sowjetschriftsteller dringen nur selten bis nach Schweden. Sowjetfilme werden in Stockholm ebenfalls selten gezeigt.

Gemälde russischer Maler sind in den Stockholmer Bildergalerien nicht zu finden. Im Nationalmuseum teilte man uns verlegen mit, daß im Museumslager irgendwo ein Gemälde von Repin liege, in den Ausstellungssälen sei dafür jedoch kein Platz vorhanden.

* * *

Mit lebhaftem Interesse lauschten die Stockholmer allem, was unsere Delegation über die Sowjetunion und ihre Hauptstadt berichtete. Dutzende der verschiedensten Fragen wurden uns gestellt. Sie betrafen die Politik, die Kultur, den Städtebau, den Fünfjahrplan, kurzum alle Gebiete des Lebens in der Sowjetunion. Als ein Ausdruck des wachsenden Verständnisses und Zusammenwirkens unserer Länder erklang im Stadthausaal uns zum Abschied die Hymne der Sowjetunion in russischer Sprache. Die meisten Anwesenden hörten diese Hymne zum erstenmal. Gewaltig schallte ihre mächtige, lebensbejahende Melodie durch die hohen Hallen.

KRITIK UND BIBLIOGRAPHIE

Ein Liliputaner im Lande der Riesen

Oberst L. ROMANOWSKI

Ein Generalleutnant der britischen Armee, Giffard Martel, hat ein Buch über die Sowjetunion geschrieben, das er „Der russische Gesichtspunkt“* nannte, obwohl er darin seinen

* The Russian Outlook. By Giffard Martel, London. Michael Joseph Ltd., 1947.

eigenen Gesichtspunkt darlegt. Er entwickelt seine Ansichten über die Sowjetarmee sowie über die Innen- und Außenpolitik der Sowjetunion.

General Martel hat die Sowjetunion zweimal besucht, einmal 1936, als Gast bei den Manövern der Roten Armee, das andere Mal während des

zweiten Weltkriegs, als Chef der britischen Militärmission in Moskau. Sein erster Besuch dauerte über einen Monat, das zweite Mal hielt er sich annähernd ein Jahr in der Sowjetunion auf, bereiste das Land und hatte, seinen Worten zufolge, die unbegrenzte Möglichkeit, das Sowjetvolk und die Sowjetarmee — von den höchsten Kommandeuren bis zu den einfachen Soldaten — kennenzulernen. Obwohl er mit der beruflichen Schwerfälligkeit eines britischen Generals behaftet ist, reichte ihm diese Zeit natürlich aus, um sich zumindest einen elementaren Begriff von der verbündeten Großmacht zu bilden. Aber als wollte er sich schon von vornherein gegen etwaige Vorwürfe verwahren, bemerkt er nebenbei, er schildere die Sowjetarmee „aus der Vogelperspektive“. Nun gibt es ja verschiedene Vögel, und General Martel hat leider durchaus kein Falkenauge.

Wenn General Martel versucht, die Ursachen der Siege der Sowjetarmee im zweiten Weltkrieg zu analysieren, so gerät er öfter in eine Sackgasse. Er kann z. B. nicht begreifen, warum der von den Deutschen so sorgfältig projektierte „Blitzkrieg“ in der Sowjetunion fehlgeschlagen ist, und schreibt:

„Sie (die Deutschen) planten... große Teile der russischen Armee einzukesseln. Dieser Plan ist um ein Haar geglückt, aber der größere Teil der russischen Armee konnte bei vielen Gelegenheiten, als er schon fast völlig eingekreist war, doch irgendwie entweichen. ... Stalingrad war bedroht. Aber wie sich herausstellte, kamen die Deutschen nur wenig vorwärts, und im Herbst 1942 stabilisierte sich die Front... Wieder begannen die Russen eine winterliche Gegenoffensive. Große deutsche Armeen gerieten gegenüber von Stalingrad in einen Kessel und in Gefangenschaft.“ (S. 42/44.)

Das ist alles, was der ehemalige Chef der britischen Militärmission in Moskau über den heroischen Widerstand zu sagen weiß, den die Sowjetarmee den deutschen Okkupanten in der ersten Phase des Krieges entgegensetzte, über die Stalingrader Schlacht, die den Wendepunkt des zweiten Weltkriegs darstellte. Wie hat die Sowjetarmee die deutschen Einkreisungspläne zuschanden gemacht? Wie kam es, daß riesige deutsche Armeen, die Stalingrad angriffen, eingekreist und geschlagen wurden? Hierüber kein Wort.

Die Stalingrader Schlacht wird überhaupt in 5—6 Zeilen abgetan. Dafür aber widmet der Verfasser einem Vergleich zwischen den Kriegshandlungen an der sowjetisch-deutschen Front und den nordafrikanischen Operationen gleich mehrere Seiten und stellt Nordafrika als — Hauptkriegsschauplatz hin. Man kann sich eines Lächelns nicht erwehren, wenn man seine Dithyramben auf die „intensive und hochorganisierte Krieg-

führung in Nordafrika“ liest (wo die britischen Truppen es bekanntlich nur mit 4 deutschen und 11 italienischen Divisionen zu tun hatten) und daneben seine herablassend gönnerhaften Bemerkungen über die „einfache und unkomplizierte“ Sowjetarmee, die zu derselben Zeit gegen 240 Hitlerdivisionen kämpfte. Bei einer solchen Gegenüberstellung klingt Martels Behauptung, die Kriegführung in Rußland sei „im Vergleich zu Nordafrika zweitrangig“ gewesen, nicht nur blasphemisch, sondern auch grotesk.

Der britische General zieht es vor, sich lächerlich zu machen, nur um die weltbekannte Tatsache nicht zugeben zu müssen, daß die Sowjetarmee den größten Teil der Hitlerdivisionen bereits aufgerieben hatte, als Churchill & Co. ihre Hände nach dem beinahe fix und fertigen Sieg ausstreckten. Es genügt Martel vollkommen, daß in Nordafrika englische und amerikanische Truppen, an der sowjetisch-deutschen Front aber russische Truppen kämpften. Seiner simplen Auffassung nach ist der Hauptkriegsschauplatz da, wo die englischen Truppen stehen.

Charles Dickens gibt in seinem Roman „Unser gemeinschaftlicher Freund“ die satirische Darstellung eines typischen Vertreters des angelsächsischen Chauvinismus, Mister Podsnap, eines engstirnigen, aufgeblasenen Menschen, der nichts auf der Welt höher achtet als — Herrn Podsnap, in seinen eigenen Augen ein Vorbild britischer Wohlständigkeit. Der englische Publizist Robert Briffault, ein Veteran des ersten Weltkriegs, schrieb in seinem Buch „Niedergang und Fall des Britischen Reiches“ (The Decline and Fall of the British Empire) ironisch über die Podsnaps von heute:

„Denn alle Werte, die moralischen, ästhetischen und intellektuellen, werden auf einen Generalnenner gebracht: es gibt Dinge, die man tut und die englisch sind, und Dinge, die man nicht tut und die unenglisch sind.“

In England sind auch nach dem zweiten Weltkrieg die Podsnaps nicht ausgestorben. Als General Martel in der Sowjetunion den selbstverständlich „unenglischen“ Methoden der Kriegführung gegenüberstand, gab er sich nicht einmal die Mühe, zu ergründen, warum sie so wirksam sind. Zwar kann selbst er nicht leugnen, daß gerade die Sowjetstrategie über die von Martel als „vollkommen“ bezeichnete deutsche Kriegsmaschine triumphiert hat. Um aber die offensichtliche Überlegenheit der Sowjetstrategie nicht zugeben zu müssen, leugnete der englische General kurzerhand, was heute jedem einfachen Menschen klar ist, nämlich die entscheidende Rolle der Sowjetarmee beim Sieg über Hitlerdeutschland.

Es gibt aber Tatsachen, die nicht einmal General Martel unberücksichtigt lassen kann. Er muß z. B. zugeben, daß die Sowjetunion drei Jahre lang ohne jede Hilfe des Westens ganz allein gegen die Hauptkräfte der Hitlerarmee gekämpft hat.

Martels Buch trägt das Erscheinungsjahr 1947. Die bisher in England und in den USA herausgekommene Literatur über die zweite Front ist sehr umfangreich. So erschienen diesbezügliche Bücher von Ralph Ingersoll, Elliott Roosevelt u. a., die die politischen Hintergründe der verspäteten Eröffnung der zweiten Front in Europa enthüllen. Unter solchen Umständen kann nicht einmal Giffard Martel vorbehaltlos die von Churchill während des Krieges aufgestellte lächerliche Behauptung verteidigen, die englischen und amerikanischen Streitkräfte seien 1942 und 1943 zur Landung in Frankreich noch nicht bereit gewesen, er muß vielmehr zugeben, das es „nicht leicht“ sei, „die Beschuldigung, daß der Sommer 1943 zum großen Teil vertrödelt wurde hinwegzuerklären“. Trotzdem widmet Martel diesem aussichtslosen Versuch ein ganzes Kapitel.

Die Frage der zweiten Front steht heute nicht mehr auf der Tagesordnung. Sie ist von der Geschichte gelöst worden, die die wahren Ziele Churchills und seiner Gesinnungsgenossen ans Tageslicht gebracht hat. Bekanntlich zog es sie nicht deshalb nach dem Balkan, weil sie die Niederwerfung des faschistischen Deutschlands beschleunigen wollten (selbst wer in militärischen Dingen gänzlich unbeschlagen ist, sieht klar, daß eine rechtzeitige Truppenlandung in Frankreich auf viel kürzerem Wege zu diesem Ziel geführt hätte), sondern weil sie in Ost- und Südosteuropa die Herrschaft Englands aufzurichten und einen Korridor gegen die Sowjetunion zu schaffen gedachten.

Die Sowjetarmee hat nicht nur dem Widerstand der Wehrmacht, sondern auch Churchills „Balkanvariante“ ein Ende bereitet. Als sich jedoch zeigte, daß die Sowjetunion allein, ohne Hilfe der Verbündeten imstande war, Hitlerdeutschland zu besiegen, da hatten die englischen Generale, deren Kriegführung bis dahin, wie Ralph Ingersoll es ausdrückt, an „ein Kricketspiel ... mit Teepausen erinnerte“, es plötzlich eilig, sich einen Anteil am Siege zu sichern. Jetzt versucht Martel, ein Faktotum Churchills, die Siege der Sowjetarmee rückwirkend zu bagatellisieren.

Hiermit nicht genug, möchte Martel in den Fällen, wo er die Bedeutung dieser Siege nicht leugnen kann, das Verdienst — der britischen Militärmission und seiner eigenen Person zuschreiben. Unbezahlbar ist z. B. seine Erklärung, der Sieg bei Orel — Kursk sei seinen, Martels, Ratschlägen sowie der praktischen Anwendung der „britischen

Erfahrungen“ zu verdanken gewesen, die Martel dem Sowjetkommando übermittelt habe. Er schreibt:

„Hätten wir unsere militärischen Erfahrungen nicht ausgetauscht, so hätten die Russen eine Offensive im Frühjahr 1943 beginnen können. Das konnte katastrophal enden. Statt dessen blieben sie in der Defensive, und wir vermittelten ihnen alle unsere Erfahrungen in der Anwendung der besten Verteidigungsmethoden gegen eine Massenattacke von Panzertruppen. Infolgedessen (?) erlitten die Deutschen eine schwere Niederlage, die dann den Russen den Übergang zur Offensive ermöglichte.“ (S. 98.)

Das waren also die „Retter“ der Sowjetunion! Warum das bis zum Erscheinen von Martels Buch bloß niemand gewußt hat! Und wie es wohl die Sowjettruppen ohne die „britischen Erfahrungen“ fertiggebracht haben, bis zum Frühjahr 1943 mit den „angreifenden Panzertruppen“ Guderians, Paulus', Mansteins und anderer fertig zu werden?

Nebenbei gesagt hatten die Sowjettruppen bis zu dem Zeitpunkt, von dem hier die Rede ist, bereits mehr Panzer vernichtet und erobert, als an den nordafrikanischen Kämpfen auf beiden Seiten beteiligt gewesen waren. Vor Stalingrad allein eroberten die Sowjettruppen vom 19. November bis zum 30. Dezember 1942 2064 und vernichteten 1187 deutsche Panzer. Vorausgegangen war die Niederlage der Panzerarmee Guderians vor Moskau, und später kam die Niederlage der Deutschen am Don!...

Trotzdem erdreistet sich General Martel, der Verfasser mehrerer Bücher über den Panzerkrieg, zu behaupten, bei Stalingrad sei „die deutsche Technik... für die russische Armee zu gut gewesen“. Wer, wenn nicht die Sowjetarmee, hat aber diese gepriesene deutsche Technik in einem Umfang zunichte gemacht, den sich die Anhänger eines „komfortablen Krieges“ nicht einmal haben träumen lassen?

Martel gab in seinem Buch mehrmals indirekt zu, daß die Sowjetarmee und die Kriegsindustrie der Sowjetunion gewaltige Erfolge buchen konnten. So geht z. B. aus seinen widerstrebenden Bemerkungen hervor, daß die Sowjetarmee völlig neue Prinzipien des Zusammenwirkens von Infanterie, Flugzeugen und Panzertruppen eingeführt hat, die bedeutend günstiger sind als die englische „Teilung der Funktionen“. Auch die Überlegenheit unserer schweren Panzer muß der Verfasser zugeben, die die „Tiger“ und „Panther“ Hitlers schon 1943 vernichteten, während die Engländer

„in den Nahkämpfen der Normandie in späteren Phasen des Krieges (d. h. 1944/45) große Mißerfolge erlitten, da wir damals nichts hatten, was den ‚Tigern‘ und ‚Panthern‘... hätte entgegengestellt werden können.“ (S. 63.)

Hätte ein Vergleich zwischen den im zweiten Weltkrieg von der Sowjetunion und von Großbritannien gesammelten Erfahrungen General Martel nicht eigentlich veranlassen sollen, statt sich die Rolle des Schulmeisters anzumaßen, fleißig bei der Sowjetunion in die Schule zu gehen? Er hätte sich Mühe geben sollen zu verstehen, was die Kraft der Sowjetarmee ausmacht. Aus seinem Buch geht jedoch hervor, daß er wenig gelernt hat, am allerwenigsten Bescheidenheit.

Wir haben bereits gezeigt, daß General Martel wie Mr. Podsnap die Welt in zwei Teile teilt, in einen britischen, der aller Ehren wert ist, und einen nichtbritischen, der nur dann Aufmerksamkeit verdient, wenn er englische Ware und Moral importiert. Für Martel ist die Überlegenheit der englischen Lebensweise, der englischen Kriegführung, der englischen Demokratie und der englischen Rasierklingen eine ebenso feststehende Tatsache, wie es für die Gegner Galileis feststand, daß die Erde sich nicht bewegt. Mit diesem Gradmesser geht der Verfasser auch an die Beurteilung der Gesellschaftsordnung in der Sowjetunion und der Eigenschaften des Sowjetvolkes heran. Die Philosophie des ehrenwerten Generals ist simpel. Sie heißt: nichts auf der Welt ändert sich, am allerwenigsten die Völker. Die Angelsachsen sind sozusagen von Urbeginn berufen, die übrigen Völker, besonders die Asiaten, zu denen Martel auch die Slawen zählt, zu lenken.

Er verkündet als Axiom:

„Man hat schon immer gesagt, daß die Menschheit in Asiaten und Westler zerfällt. Der Russe ist natürlich ein Asiate.“ (S. 65.)

Giffard Martel vergißt zu sagen, wer das schon immer gesagt hat. Wollte er dies klarstellen, so müßte er erwähnen, daß die Trennung in Asiaten und Westler bei den englischen Kolonisatoren üblich ist, die auf diese Weise ihre Herrschaft über die Inder, Birmanesen und andere Völker Asiens rechtfertigen wollen. Bei den amerikanischen Sklavenhaltern ist bekanntlich aus denselben Beweggründen eine andere Teilung üblich: in Weiße und Schwarze. Die Hitlerfaschisten teilten die Menschen in „Arier“ und „Nichtarier“ ein, wobei sie aus ebenso durchsichtigen Gründen selbst General Martel zu den „Nichtariern“ zählten, während sie unbestrittene Bewohner Asiens — die Japaner — in die Familie der „Arier“ aufnahmen.

Etwa aus den gleichen Beweggründen bemüht sich Martel, wenn auch vergeblich, das russische Volk — zumindest auf dem Papier — aus Europa zu verdrängen, nachdem Hitlers Versuch mißlungen ist, das in Wirklichkeit zu tun. Aber Martel mag noch so geschickt mit den Worten

„Asiaten“, „asiatisch“ usw. jonglieren und alles als „asiatisch“ bezeichnen, was nicht innerhalb des beschränkten Horizonts seiner Podsnapvorstellungen liegt, er kann trotzdem keine einzige Tatsache anführen, die auch nur im geringsten dazu angeht, daß die Sowjetkultur, der Sowjetwissenschaft und Sowjetkunst, die eine neue, höhere Ära der Kultur Europas und der Welt einleiten, ihre progressive Rolle abzusprechen.

Welche Wesenszüge des russischen Volkes bei Martel besondere Gereiztheit hervorrufen, zeigt nur, um wieviel der Sowjetbürger und das Sowjetsystem die kapitalistische Umgebung überragen. So bezeichnet Martel als „asiatisch“ die Geradheit, Prinzipientreue und Aufrichtigkeit der Sowjetdiplomatie, die, wie er schreibt, „Kritik hinter dem Rücken“ der Kritisierten nicht billigt; weiter den Enthusiasmus des Sowjetvolkes und seinen patriotischen Stolz auf seine wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Errungenschaften; das in der Sowjetunion übliche System der Anspornung und Auszeichnung derjenigen, die sich in der gemeinnützigen Arbeit unter den Sowjetbürgern besonders hervorgetan haben; die Initiative und Aufopferung der Sowjetsoldaten und -offiziere, die bereit sind, ihr Leben für die Heimat hinzugeben; die Fähigkeit, im Interesse des Volkes die eigenen Bequemlichkeiten hintanzusetzen, ja sogar die „etwas verschwenderische russische Gastfreundschaft“, die eine Krämerseele natürlich wundert.

Selbstverständlich paßt Martel auch das in der Sowjetunion übliche System der Leitung von Industrie und Landwirtschaft nicht. Widerstrebend stellt er den „großen Fortschritt“ fest, den der Sowjetstaat auf diesen beiden Gebieten gemacht hat, und gibt zu, daß „in unseren Tagen ein gewisses Maß von zentralisierter Leitung in allen Großindustrien vonnöten“ sei. „Hinsichtlich der Exekutivkontrolle über diese Industrien existieren zwei Anschauungen“, meint er jedoch. Die eine von ihnen, die der Verfasser nicht billigt, verlange Verstaatlichung der Industrie sowie Regierungskontrolle. Die andere sei die Anschauung „aufgeklärter Europäer“, zu denen Martel sich selbst rechnet, und ziehe „die Privatinitiative mit zentralisierter Spitzenleitung“ vor.

Nicht ganz verständlich ist, warum Martel diese letzte Form der Kontrolle „englisch“ nennt. Bekanntlich blüht und gedeiht sie auch in den USA. Es ist für Martel wohl kaum ein Geheimnis, daß die 60 Familien der größten amerikanischen Monopolherren nicht nur über die gesamte amerikanische, sondern auch über einen erheblichen Teil der europäischen — darunter der englischen — Industrie gebieten. Ebenso kann ihm

nicht unbekannt sein, daß die Wall-Street-Magnaten ihre Herrschaft über England immer mehr ausbauen. Man braucht sich aber wohl kaum darüber zu wundern, wenn der Kumpan und Gesinnungsgenosse Churchills sich viel weniger über die Aussicht auf eine Kontrolle seitens der USA-Monopole beunruhigt, als über eine Kontrolle von seiten des englischen Volkes!

Martel sucht allein schon den Ausdruck „Regierungskontrolle“ bei den englischen Lesern zu diskreditieren und behauptet:

„... Der Erfolg, den sie (die Sowjetbürger) mit ihren großen Plänen erzielt haben, wäre bestimmt noch viel größer, wenn sie das Motiv des Profits eingeschaltet hätten.“ (S. 142.)

Da also liegt der Hund begraben! In der Sowjetunion fehlt der privatkapitalistische Profit, es gibt keine Kapitalistenklasse, keine Parteien, die die Interessen einer solchen Klasse vertreten. Das also kann uns Giffard Martel nicht „verzeihen“, deshalb also will er die Sowjetunion nicht als Demokratie anerkennen. Eine Demokratie ohne Kapitalisten? Wo käme man da wohl hin?

Ein anderer Wesenszug der Sowjetbürger macht Giffard Martel viel zu schaffen, nämlich ihre Wachsamkeit. Er schreibt gereizt:

„Die gebildeten Klassen ... weisen den gewöhnlichen asiatischen Charakterzug der Geheimnistuerei auf... Kein Russe wird jemals über ein Thema sprechen, das für geheim gelten könnte.“ (S. 171/72.)

Wir geben zu, der ehemalige Chef der britischen Militärmission hat seine eigenen, sozusagen beruflichen Gründe, darüber gereizt zu sein, daß die Sowjetbürger Staatsgeheimnisse zu wahren verstehen. Vielleicht hat sogar seine Karriere darunter gelitten. Martel ist entrüstet. Warum wollen die sonst so zuvorkommenden, gutmütigen und gastfreundlichen Sowjetbürger mit Ausländern nicht über geheime Themen plaudern? Warum hat die Sowjetregierung das „liebenswürdige“ Anerbieten Churchills abgelehnt, Transkaukasien von englischen Luftstreitkräften gegen die Deutschen verteidigen zu lassen? Und schließlich, warum haben die englischen Chargen während des Krieges in der Sowjetunion nicht Exterritorialitätsrechte genossen, sondern mußten sich den Sowjetgesetzen fügen?

Hielte Giffard Martel seine in höchstem Grade primitiven, kolonisatorischen Gedankengänge nicht für eine Spitzenleistung des menschlichen Geistes, dann würde er wohl versuchen, die Kraft und Größe eines Landes zu begreifen, das er besucht hat; er würde sich bemühen, den Charakter des Sowjetvolkes, die Fortschrittlichkeit seiner Gesellschaftsordnung, die Errungenschaften seiner Kultur und Kunst zu verstehen. Vielleicht begriffe er dann, wenn auch nur teilweise, wie komisch

und erbärmlich sich seine Versuche ausnehmen, von seinem mittelalterlichen Torystandpunkt aus auf ein Volk herabzublicken, das in seinem Lande die fortschrittlichste Gesellschaftsordnung eingeführt hat.

Begriffe Giffard Martel dies, so wäre er nicht, was er ist, ein Liliputaner im Lande der Riesen. Wie aus seinem Buche ersichtlich, ist Martel zu Füßen des Riesen herumgekrochen, ohne sein Gesicht erblicken zu können. Vom russischen Volke weiß er nur, daß es „zähe“ ist, von der Sowjetarmee, daß sie die deutsche „irgendwie“ besiegt hat, von der Gesellschaftsordnung in der Sowjetunion nur, daß sie — zu Martels tiefstem Leidwesen — das „Motiv des privaten Profits“ vermissen läßt.

Martel schickt seiner Schilderung voraus, daß er nicht den offiziellen Standpunkt, sondern seine persönliche Meinung äußert. Im Schlußkapitel propagiert er jedoch ein Rezept für die Aufteilung der Welt in Blocks, für die Schaffung eines „europäischen Imperiums“, das dem Programm Churchill-Dulles verblüffend ähnelt. Martel wendet sich mit folgenden Worten gegen die UNO:

„Sie besteht aus etwa 56 Nationen. Keinem Geschäftsmann würde es einfallen, einen Konzern mit so vielen Abteilungen leiten zu wollen. Er würde sie sofort in eine Anzahl von Gruppen organisieren, deren jede aus, sagen wir, 12 Abteilungen bestünde.“ (S. 180.)

Wie man sieht, beherrscht der General die moderne Geschäftssprache aus dem Effeff. Er behauptet, die UNO müsse wie ein Konzern „geleitet“ werden. Wer aber ist der Großkapitalist, dem Martel das Kontrollaktienpaket zu überreichen beabsichtigt? Bei aller, gelinde gesagt, Naivität des Verfassers ist schwerlich anzunehmen, daß er bei dem heutigen Stand der Dinge diese führende Rolle England zugedacht hat. Folglich will der ehemalige Leiter der britischen Militärmission in Moskau wie Churchill das Zepter dem amerikanischen Dollar überreichen. Der Dollar also hat dem britischen General seine angeblich freie Meinung eingeblasen! In seinem Buch tritt Martel ganz einfach als Herold der vereinigten englisch-amerikanischen Reaktion auf, die ihm sowohl die Schmähschrift gegen die Sowjetunion als auch die Schlußfolgerungen über das Anrecht der USA-Monopolherren auf die Weltherrschaft in die Feder diktiert hat.

Vom Standpunkt dieser Weltherrschaftsprätendenten und ihrer reaktionären Handlanger in England hat Giffard Martel auch die Sowjetunion gesehen. Was Wunder also, wenn er von hier aus nicht mehr zu sehen bekam als ein Liliputaner, der, zu Gullivers Füßen stehend, sein Gesicht zu erkennen versucht?

AUS DEM BRIEFKASTEN DER REDAKTION

Tatsachen und Ziffern über Griechenland

Die Redaktion erhielt aus Griechenland einen Brief mit Tatsachenangaben, die die berüchtigte „Hilfe“ der USA in das rechte Licht rücken. Diese Tatsachen, die den wirtschaftlichen Niedergang Griechenlands kennzeichnen, lassen die wirklichen Ursachen der katastrophalen Lage im Lande erkennen, in dem eine volksfeindliche, der überwiegenden Mehrheit des griechischen Volkes verhaßte Clique, gestützt auf die Bajonette der englischen und amerikanischen Truppen, schaltet und waltet. Wir veröffentlichen den Brief des griechischen Lesers ungekürzt und unverändert.

Geehrte Herren!

Griechenland ist das erste europäische Land, das im Rahmen der Trumandoktrin Hilfe aus den USA erhält. Seit Verkündung dieser Doktrin sind über 5 Monate vergangen, so daß es interessant wäre, die Resultate dieser Hilfe festzustellen. Vielleicht wird das Studium dieser Resultate die Anhänger der „Doktrin“ in Europa zum Nachdenken veranlassen.

Zunächst einige Worte über die Entwicklung der griechischen Volkswirtschaft seit Dezember 1944. Nachdem Varvaressos, der stellvertretende Ministerpräsident der Regierung Vulgaris, einige schwache Versuche unternommen hatte, die Zügel der Wirtschaft und des Marktes in die Hand zu nehmen, trat er zurück, verließ Griechenland und bezichtigte die Truste der Sabotage und die öffentlichen Ämter der Korruption.

Seither hat eine scharfe Reaktion gegen alles eingesetzt, was auch nur an Wirtschaftskontrolle gemahnt. Die grundlegende von Mr. Truman verkündete Freiheit, die unbehinderte und uneingeschränkte „Freiheit der Unternehmerinitiative“, wurde nun in den Himmel gehoben. Wozu Wiederaufbau- und Produktionsprogramme entwerfen? Die sind gut genug für die „geknechteten Slawen“ jenseits des „eisernen Vorhangs“, im „freien“ Griechenland habe man ein bedeutend lohnenderes Tätigkeitsfeld!

Die Geschäftsleute erhielten die Möglichkeit, mit Devisen der Griechischen Bank beliebige Waren im Ausland anzukaufen und sie aufzuspeichern, um mit ihnen zu spekulieren oder sie mit beliebigem Aufschlag zu verkaufen. Die Industriellen erhielten die Möglichkeit, ihre Erzeugnisse mit phantastischen Profiten abzusetzen und den größten Teil der von den UNRRA-Stellen eingeführten Rohstoffe mit Beschlag zu belegen. Die Handelsherren und Industriellen konnten nun bei der Griechischen Bank Milliardenanleihen auf-

nehmen, obwohl dieses Geld in den Depositen nicht vorhanden war, sondern durch ununterbrochene Papiergeldemissionen aufgebracht wurde. Der größte Teil der Anleihen wurde von ihnen zum Goldankauf verwandt, da sie eine baldige Goldhausse erwarteten. Ihre Schulden bei der Griechischen Bank aber beglichen sie in Drachmen. Diese Operation brachte ihnen den ansehnlichen Gewinn von 200 bis 300 Prozent. Die Griechische Bank beeilte sich, diese Operationen zu legitimieren, indem sie frei und ohne jede Einschränkung Pfund Sterling aus ihrem Bestand verkaufte, angeblich zwecks „Preissenkung und Stützung der Drachme“! Alle diese Spekulationen und die Riesengewinne waren faktisch steuerfrei. Die meisten Steuern sind indirekte Steuern auf die wichtigsten Massenbedarfsartikel (die Tabaksteuer allein macht 40 Prozent aller regulären Staatseinkünfte aus).

Diese Politik — für das Kapital ein wahres Himmelsgeschenk, für die Volksmassen aber eine schwere Bürde — führte zum Niedergang der griechischen Volkswirtschaft und brachte die akute Gefahr einer katastrophalen Inflation mit sich. Hier einige Zahlen:

1. Der Goldvorrat: Von dem Vorrat per 31. Januar v. J. im Werte von 28 Millionen Dollar waren am 30. Dezember desselben Jahres 7,5 Millionen übriggeblieben.

2. Der Devisenvorrat: Von 162 Millionen Dollar per 31. Januar v. J. plus 37,3 Millionen Dollar, die im Laufe des Jahres von Auswanderern aus den USA eingingen, ferner 36,9 Millionen Dollar, Zahlungen für in derselben Zeitspanne vorgenommene Exportsendungen, sowie 16,7 Millionen diverse Eingänge, insgesamt also 252,9 Millionen Dollar, waren am 30. Dezember v. J. nur noch 29 Millionen Dollar übrig.

3. Der Staatshaushalt: Im Rechnungsjahr April 1946—April 1947 erreichte das Defizit 1,026 Billionen Drachmen.

4. Der Außenhandel schloß mit einem Defizit von 75,5 Millionen Dollar.

In dieser Situation erfuhr das griechische Volk eines schönen Tages aus der Presse, daß es seinen Beschützer gewechselt habe, und da die politische und ökonomische Ausweglosigkeit in den monarchistisch-faschistischen Regierungen bereits Panik ausgelöst hatte, bedurfte es der hochtrabenden Reden Mr. Trumans, um den griechischen Machthabern ein wenig neuen Mut einzuflößen.

Truman hielt seine Rede über die „Hilfe“ an Griechenland am 12. März d. J. Will man der reaktionären Presse der ganzen Welt Glauben schenken, so sollte auf Griechenland ein Dollarregen niedergehen, unter dessen segensreicher Wirkung das Land zur Prosperität gelangen soll. Wie steht es mit den Tatsachen?

Das beste ist es, sich dem Abkommen selbst zuzuwenden, das der USA-Botschafter und Tsaldaris in Athen unterschrieben haben. Hier die wichtigsten Punkte:

Artikel 4. Der Leiter der amerikanischen Mission legt, in Übereinkunft mit den Vertretern der griechischen Regierung, die Bedingungen und Umstände der Hilfeleistung fest. Laut Anweisungen ihres Leiters wird die amerikanische Mission Ratschläge erteilen, Hilfe leisten und alle Funktionen ausüben, die notwendig und geeignet sind, der griechischen Regierung die wirksamste Verwertung der von den USA geleisteten Hilfe wie auch der eigenen Ressourcen Griechenlands zu erleichtern.

Artikel 6. Die Regierung Griechenlands gestattet der amerikanischen Mission, die Verwertung der Hilfe ungehindert zu überwachen.

Artikel 8. Die griechische Regierung wird alle vom Präsidenten der USA verlangten Maßnahmen zur Sicherstellung der Güter, Dienstleistungen oder Informationen treffen, die sie auf Grund des vorliegenden Abkommens erhält. Ohne Einwilligung des USA-Präsidenten wird sie das Anrecht oder Eigentum an solchen Gütern oder Informationen nicht zedieren.

Artikel 9. Die amerikanische Hilfe kann nicht zur Tilgung von Schulden der griechischen Regierung an Dritte verwendet werden.

Artikel 10. Die Hilfeleistung an Griechenland kann eingestellt werden: a) wenn die griechische Regierung es wünscht; b) auf Beschluß der UNO; c) wenn der Präsident der USA es verlangt.

Der Sinn dieser Artikel, besonders der Artikel 4, 8 und 10, bedarf keiner Erläuterung.

Sehen wir uns an, wie das Abkommen in die Praxis umgesetzt wird, und wenden wir uns vor allem den Ziffern und dem Hilfsprogramm zu.

Mr. Acheson, der derzeitige stellvertretende Staatssekretär, sagte in einer Rede, die Hilfe solle folgendermaßen verteilt werden:

150 Millionen Dollar für die Armee;

70 Millionen Dollar für den Wiederaufbau der Volkswirtschaft;

80 Millionen Dollar für den Ankauf von Bedarfsartikeln.

Dies sind die einzigen greifbaren offiziellen Ziffern, man ist aber allgemein der Ansicht, daß sie ausschließlich zu Propagandazwecken veröffentlicht wurden. In inspirierten Artikeln weist die griechische Presse tagtäglich auf die Notwendigkeit hin, „das Maximum der Hilfe und im Bedarfsfall sogar die gesamten Unterstützungssummen“ für den Bürgerkrieg zu verwenden, was in Wirklichkeit auch getan wird. Was das Programm angeht, so ist im Rahmen des von Mr. Griswold, dem Leiter der amerikanischen Mission, in Aussicht gestellten „Wiederaufbaus“ nur die Modernisierung der Hafenanlagen von Piräus, Volos und Saloniki sowie die Anlegung einiger Flughäfen projektiert. Im Grunde genommen handelt es sich um die Einrichtung eines Militärstützpunkts in Griechenland, nicht aber um Aufbauarbeiten. Die Kosten dieser Arbeiten werden mit 82,4 Millionen Dollar veranschlagt. Nicht ein Wort hat die griechische Regierung bei der Vergebung der Arbeiten oder bezüglich ihrer Ausführung mitzureden. Hiermit wurden amerikanische Firmen beauftragt.

Angenommen, die von Acheson angeführten Ziffern seien real. Reichten dann diese Mittel aus, um die griechische Volkswirtschaft wiederaufzubauen und zu sanieren oder auch nur, um der Inflation Einhalt zu gebieten, was mit der amerikanischen Hilfe ja angeblich bezweckt wird?

Das wird einmütig verneint. Ohne Export und bei der völligen Desorganisierung der Volkswirtschaft, der jede Spur von Kontrolle mangelt und in der die Spekulation üppig wuchert, kann das Steigen der Preise nicht vermieden werden, da die für die Versorgung Griechenlands mit Bedarfsartikeln ausgeworfenen Summen völlig unzureichend sind.

Gehen wir zur „positiven“ Seite der Hilfe über, so müssen wir feststellen, daß mit Ausnahme einer gewissen Getreidemenge nur Heeresgut geliefert wird. Bisher haben zehn Schiffe in Piräus, Volos und Saloniki Waffen und Munition gelöscht. Andere Schiffe mit der gleichen Ladung sind unterwegs. Die Erklärungen, die der Leiter der amerikanischen Mission der Presse abgibt, werden immer unbestimmter, Ziffern werden systematisch fortgelassen. Griswold ließ die dringende Frage der Reporter, welche Summe für den

Ankauf von Lebensmitteln ausgeworfen sei, unbeantwortet und beschränkte sich darauf, zu erklären, Griechenland würde Lebensmittel größtenteils aus den USA, und nur zu 6 Prozent aus anderen Ländern erhalten.

Ist dies die „positive“ Seite der Hilfe, so wirkt die „negative“ Seite, d. h. das Schalten und Walten der Amerikaner in Griechenland, immer zynischer und brutaler. Die amerikanischen Superminister in Griechenland haben sich, mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet, im Ministerium für Volkswirtschaft (Außenhandel) und für Finanzen (Staatshaushalt) festgesetzt. Die englisch-amerikanische Finanzkommission in der Griechischen Bank übt auch weiter die strengste Kontrolle über die Finanzpolitik aus. Die amerikanische Mission, die sich über die Hilfe der USA so schleierhaft ausläßt, interessiert sich immer lebhafter für griechische Erzeugnisse, z. B. für Olivenöl und Tabak. Die letzten Spuren von Unabhängigkeit und Initiative werden den griechischen Stellen aus der Hand genommen.

Zum Schluß sei auf die Folgen hingewiesen, die die amerikanische „Hilfe“ für das Wirtschaftsleben Griechenlands bereits gehabt hat.

Die Kleinhandelspreise für Importwaren waren im Juli d. J. um 22 Prozent höher als im Mai d. J. und um 37 Prozent höher als im Februar.

Zur selben Zeit stieg der Goldwert des Pfund Sterling von 135 000 auf 160 000 Drachmen, und er wäre noch mehr gestiegen, wenn die Griechische Bank nicht Gold verkauft hätte.

Der Schleichhandel kennt keine Grenzen. Bedarfsartikel verschwinden aus den Läden. Die Preise für manche Waren, z. B. für Reis, sind im Laufe von zwei Monaten auf das Achtfache gestiegen. Reis, Zucker, Kaffee, Butter und Teigwaren, alles ist in Händen der verhängnisvollen „mavrohoritos“, der Spekulanten, die dem Volk auch zur Zeit der ersten Okkupation das Blut ausgesogen haben.

Als Resultat der Trumandoktrin ist das Beispiel der griechischen Volkswirtschaft tatsächlich wert, studiert zu werden.

Athen, den 28. August 1947

I. A.

10. September

Das Außenministerium der Mongolischen Volksrepublik dementiert eine Meldung der chinesischen Central News Agency, die besagt, mongolische Truppen hätten sich Grenzverletzungen in der Gegend von Baitak Bogdo zuschulden kommen lassen. In dem Dementi werden dagegen zahlreiche Fälle angeführt, in denen Truppen der Kuomintangregierung die mongolisch-chinesische Grenze in dem erwähnten Rayon verletzt haben.

11. September

Das französisch-sowjetische Gewerkschaftskomitee hat seine dritte Tagung in Moskau beendet. Es faßte eine Reihe von Beschlüssen, die die Verbindungen zwischen den Gewerkschaften der Sowjetunion und Frankreichs ausbauen sollen.

12. September

Die Agentur Hsinhua veröffentlicht eine Mitteilung über den Verlauf der am 11. August begonnenen Gegenoffensive der chinesischen Volksbefreiungsarmee.

13. September

In der Slowakei wird eine illegale Organisation ausgehoben, die sich mit der Vorbereitung einer Verschwörung gegen die Republik befaßte.

CHRONIK DER INTERNATIONALEN EREIGNISSE

September 1947

15. September

Die Friedensverträge mit Italien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland treten in Kraft.

Die Kontrollkommissionen der Verbündeten in Bulgarien, Ungarn, Rumänien und Finnland stellen ihre Tätigkeit ein.

16. September

In Neuyork wird die zweite ordentliche Tagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen eröffnet.

Unterzeichnung eines rumänisch-polnischen Handelsvertrags.

Das neue ungarische Parlament wird in Budapest feierlich eröffnet.

In Italien treten 850 000 Metallarbeiter in den Streik zum Protest gegen die Weigerung der Unternehmer, eine Kürzung der Arbeitswoche vorzunehmen und damit Arbeit für 200 000 arbeitslose Metallarbeiter zu schaffen.

17. September

General Schtykow, der Führer der Sowjetdelegation in der sowjetisch-amerikanischen gemischten Korea-Kommission, gibt in einer Kommissionssitzung eine Erklärung ab über die unerläßliche Realisierung der Vorschläge, eine provisorische demokratische Regierung Koreas zu bilden, in welcher Frage sich die Standpunkte der beiden Delegationen einander nähern.

In Genf wird die Generalkonferenz der Internationalen Föderation für das Flugwesen eröffnet.

18. September

Große Rede A. J. Wyschinskis in der Plenarsitzung der UNO-Generalversammlung.

20. September

In Stockholm wird die dritte Tagung des Vollzugsausschusses der Internationalen Demokratischen Frauenföderation eröffnet.

Finnland beantragt seine Aufnahme in die Organisation der Vereinten Nationen.

Große Volksdemonstrationen in Italien gegen die Preistreibe und die Senkung des Lebensstandards der Werktätigen.

VERLAGS ANZEIGEN

STAATSVERLAG DER STAATLICHEN PLANKOMMISSION „GOSPLANISDAT“

Neuerscheinungen:

- M. L. BOKSCHIZKI — *Technisch-ökonomische Wandlungen in der USA-Industrie während des zweiten Weltkrieges*. Herausgegeben von Akademienmitglied I. A. Trachtenberg. 328 S., Rbl. 14,—
- Dr. rer. oec. N. R. WEIZMANN — *Die Bilanzen kapitalistischer Unternehmungen*. (Ihr Aufbau, ihre Beurteilung, ihre Veröffentlichung und ihre Analyse.) 108 S., Rbl. 3,50
- I. A. GLADKOW — *W. I. Lenin und der Elektrifizierungsplan für Rußland*. 112 S., Rbl. 4,50
- Inhalt: Die Voraussetzungen des einheitlichen Wirtschaftsplans. Die Leninschen Direktiven für die Ausarbeitung des Elektrifizierungsplans des Landes. Die Aufstellung des GOELRO Plans. Die Hauptaufgaben des ersten volkswirtschaftlichen Vorausplans. Lenin und die Organisation der Erfüllung des GOELRO-Plans. Der GOELRO-Plan und die Stalinschen Fünfjahrpläne.
- W. S. DMITRIJEV — *Fruchtwechsel und Feldbausystem*. 220 S., Rbl. 6,—
- A. I. JESHOW, M. A. KAGANSKI, N. F. NETSCHOTNY, T. W. RJABUSCHKIN, I. I. SCHULGIN — *Lehrbuch der Statistik*. 2. Auflage. 256 S., Rbl. 7,—
- N. RJASOW und N. TITELBAUM — *Lehrbuch der Handelsstatistik*. 244 S., Rbl. 7,—
- I. SCHATZ — *Die innerbetriebliche Ertragsrechnung*. Herausgegeben von Prof. M. Ch. Shebrak. 56 S., Rbl. 1,50

STAATSVERLAG FÜR KINDERLITERATUR BEIM MINISTERIUM FÜR VOLKSBILDUNG DER RSFSR

Neuerscheinungen:

- W. P. WOLOGDIN, korr. Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR — *Die Atomenergie*. (In der Serie „Wissenschaftler schreiben für Schüler“.) 24 S., Rbl. —,70
- A. GAIDAR — *Das Schicksal des Trommlers*. Erzählung. (In der Serie „Billige Bibliothek“.) 174 S., Rbl. 1,—
- G. GOREWITSCH und G. JASNY — *Der Raketenmensch*. Erzählungen. Mit Illustrationen von L. Smechow. (In der Serie „Bibliothek der Phantasien und Abenteuer“.) 80 S., Rbl. 3,—
- W. A. SHUKOWSKI — *Märchen und Gedichte*. Mit Illustrationen von W. Wlassow. (In der Serie „Schülerbibliothek“.) 112 S., Rbl. 2,—
- W. KAWERIN — *Zwei Kapitane*. Roman. (In der Serie „Neue Kinderliteratur“.) Heft 12 (S. 1—80); Heft 13 (S. 81—160); Heft 14 (S. 161—250); Heft 15 (S. 241—336): Jedes Heft Rbl. 2,—
- D. N. MAMIN-SIBIRJAK — *Grauehlchen*. Erzählungen. Mit Illustrationen von J. Ratschew. (In der Serie „Schülerbibliothek für nichtrussische Schulen“.) 32 S., Rbl. 1,—
- SABIT MUKANOW — *Schule des Lebens*. Herausgegeben von W. Schklowski. Mit Illustrationen von B. Urmantsche. 72 S., Rbl. 3,—
- Autobiographische Erzählung eines kasachischen Schriftstellers.
- S. W. POKROWSKI — *Mammutjäger*. Mit Illustrationen von G. Nikolski. 160 S., Rbl. 5,50
- Erzählung aus dem Leben der Urmenschen.
- N. POPOW — *Die Schlacht bei Borodino*. Mit Illustrationen von O. Werejski. (In der Serie „Kriegsbibliothek für Schulkinder“.) 144 S., Rbl. 5,—
- Eine Skizze aus der Kriegsgeschichte.
- M. SISOWA — *Die Geschichte eines Mädchens*. Mit Illustrationen von K. Klementjewa. 112 S., Rbl. 3,60
- Erzählung von der Kindheit und Jugend der sowjetrussischen Ballettänzerin G. Ulanowa.
- J. SOTNIK — *Der „Archimedes“ des Wladimir Gruschin*. Mit Illustrationen von G. Walk. 88 S., Rbl. 4,—
- Erzählungen von Kindern.
- Dr. rer. nat. L. A. TUMERMANN — *Das Licht und seine Quellen*. (In der Serie „Wissenschaftler schreiben für Schüler“.) 56 S., Rbl. 1,60
- A. N. TOLSTOI — *Der Phönix*. Märchen. (In der Serie „Schülerbibliothek“.) 48 S., Rbl. 0,40
- N. USTINOWITSCH — *Waldleben*. Erzählungen. Mit Illustrationen von J. Afanassjewa und W. Trofimow. 48 S., Rbl. 1,50
- N. SCHACHOWSKAJA und M. SCHICK — *Michael Faraday*. Erzählung vom Leben und Wirken eines kleinen Buchbinders, der ein großer Gelehrter wurde. 232 S., Rbl. 8,—

Alles in russischer Sprache.

DIE NEUE ZEIT

ERSCHEINT WÖCHENTLICH
IN
RUSSISCHER,
ENGLISCHER,
FRANZÖSISCHER
UND
DEUTSCHER SPRACHE

DIE NEUE ZEIT

BEFASST SICH MIT FRAGEN DER AUSSENPOLITIK
DER UdSSR UND ANDERER LÄNDER UND DEN
AKTUELLEN VORGÄNGEN DES INTERNATIONALEN
LEBENS.

DIE NEUE ZEIT

ENTHÄLT BEITRÄGE VON GELEHRTEN, SCHRIFT-
STELLERN, PUBLIZISTEN, GEWERKSCHAFTSFÜHRERN
UND ANDEREN PERSÖNLICHKEITEN DES OFFENT-
LICHEN LEBENS.